

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II. Savitzkova nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postparaffonten 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 18—Kč vierteljährlich 48—Kč, halbjährlich 98—Kč, jährlich 192—Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120—öK, für Deutschland 16—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich.

Der Konflikt mit Bayern.

Nahr gibt nach?

München, 6. September. In den Verhandlungen der Führer der Koalitionsparteien, denen auch Ministerpräsident Nahr beizuhöhen, wurde eine Übereinstimmung dahin erzielt, daß mit Berlin wegen der Verordnung des Reichspräsidenten und des bayerischen Ausnahmezustandes weiter verhandelt werden sollte. Zu diesem Zwecke wird sich eine Kommission nach Berlin begeben.

Weiter wird darüber gemeldet: In München fand gestern eine interfraktionelle Sitzung der bayerischen Koalitionsparteien statt, die sich scheinbar dahin entschieden hat, es nicht zu einem Bruch mit der Reichsregierung kommen zu lassen. Die Folge wäre, daß das Kabinett zum Rücktritt veranlaßt werden würde. Man wird abzuwarten haben, ob die Demokraten und der bayerische Volksbund sich beugen werden. Bis jetzt haben die Demokraten in Bayern immer an der Spitze der Reaktionen gezogen. Auf keinen Fall jedoch wird sich die Arbeiterschaft auf ein faules Kompromiß einlassen. Sie wird ganze Arbeit machen. Nächsten Freitag tritt in Berlin der Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen. Bis dahin wird wohl die Entscheidung zwischen Nahr und dem Reich gefallen sein. Hinter Wirth steht die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands, deren Beschlüsse gefast sind. Die bayerische Arbeiterschaft steht geschlossen gegen die Nahrregierung und wird alle wirtschaftlichen und politischen Zwangsmittel anwenden, um die Regierung zur Aufhebung des Ausnahmezustandes zu zwingen.

Schärfster Kampf der Arbeiterschaft.

München, 6. September. In Nürnberg fand gestern eine Funktionärerversammlung der sozialdemokratischen Partei statt, in der Hermann Müller sprach. Es wurde eine Resolution gefast, in der der Regierung schärfster Kampf angefaßt wurde.

München, 6. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Dienstag Nachmittag hat eine Abordnung der Gewerkschaftskommission aus acht Kreisen Bayerns beim Ministerpräsidenten Nahr vorgeschrieben, und erklärt, daß die bayerischen Gewerkschaften mit allen Mitteln auf die Regierung wirken werden, um die Sabotierung der Reichserlässe hintanzuhalten.

Reaktionäre Frechheiten.

Berlin, 6. September. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) In Koburg haben republikanische Demonstrationen stattgefunden, die von der Polizei gestört wurden.

Der „Miesbacher Anzeiger“, das bekannte nationalistische Heftblatt, das auf Grund der Reichsverordnung vom 29. August eingestellt worden war, erscheint jetzt unter dem Titel „Miesbacher Tagblatt“. Es ist klar, daß es sich um eine Umgehung des Verbotes handelt. Das Blatt wird in der gleichen Druckerei hergestellt und enthält dieselben Anzeigen wie der „Miesbacher Anzeiger“. Der Herausgeber und der verantwortliche Redakteur sind durch Strohmänner ersetzt. Vor kurzem wurde der „Kampf“, das Zentralorgan der bayerischen Landespartei, verboten und als an Stelle des „Kampf“ die „Münchener Morgenpost“ erschien, wurde sie sofort von der Polizei faßiert. Dem „Miesbacher Tagblatt“ dagegen zeigte die Nahrregierung die größte Duldsamkeit. Es wird also immer deutlicher, daß die Nahrregierung den Kampf mit der Reichsregierung aufnehmen will.

In Berlin sind von heute ab große nationale Paläste angefaßt, auf denen gegen die „sogenannte demokratische Judenregierung“ gehetzt wird. Der Polizeipräsident Pöhnert ist bis jetzt nicht gegen diesen Unfug eingeschritten.

Die Forderungen der Arbeiter.

Von unserem Berliner Korrespondenten.

Das Barometer in der inneren Politik Deutschlands steht auf Sturm. Die gewaltigen Kundgebungen der vergangenen Woche haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse die reaktionären Herausforderungen gegen die Republik nicht länger mehr zu ertragen geneigt ist und daß sie über diese Abwehr hinaus den Kampf für ihre eigenen Ziele aufnehmen will. Borerst handelt es sich darum, die Grundlagen für die deutsche nationale Agitation zu zerstören; es darf nicht länger geduldet werden, daß in aller Öffentlichkeit an der Wiederherstellung der Monarchie und die Rückberufung der Hohenzollern gearbeitet wird, daß Verwaltung, Gericht, Schule und Universität zu Tummelplätzen der nationalen Propaganda gemacht, daß in Bayern und anderwärts die Arbeiterschaft jeder Bewegungsfreiheit beraubt wird, daß die bürgerliche Justiz irreführende Arbeiter zu tausenden von Jahren Zuchthaus verurteilt, während den Feinden der Republik und den Mördern der Arbeiterführer freier Lauf gelassen wird.

Die bayerische Regierung, deren brutale Herrschaft es jetzt zu beseitigen gilt, scheint sich des Ernstes dieser Lage nicht bewußt zu sein. Sie versucht durch Verhandlungen mit der Reichsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern immer weiter hinauszuschieben und will offenbar die Ausnahme-Verordnungen des Reichspräsidenten dazu benutzen, um die Unterdrückung der Arbeiterklasse in ein wenig veränderter Form auch künftig fortzusetzen. Im Ueberwachungs-Ausschuß des Reichstages, der sich Ende der vorigen Woche mit diesen Dingen befaßt hat, wurde von den sozialistischen Vertretern kein Zweifel darüber gelassen, daß die Arbeiterklasse sich dieses Spiel nicht länger bieten lassen werde; sie stimmten zwar, um die Schwierigkeiten des Kabinetts Wirth in diesem Augenblick nicht noch zu vergrößern, der Verlegung der Ausschussung bis zum kommenden Freitag zu, aber sie erklärten gleich, daß das der äußerste Termin sei, dem sie ihre Zustimmung geben könnten. Ist dann die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes auch auf dem Wege der Verhandlungen nicht erreicht worden, dann muß sie von der Reichsregierung verfügt werden, und sollte sich die Nahr-Regierung widersetzen, so muß eine Exekutive des Reiches gegen sie unternommen werden.

Der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Bayerns hat am 2. September eine Kundgebung an die Reichsregierung, an den Reichspräsidenten und an die republikanische Bevölkerung im Reich gerichtet, worin auf die unerträglichen politischen Verhältnisse in Bayern aufmerksam gemacht wird, die schon dazu geführt haben, daß die nordbayerische Arbeiterschaft eine Abtrennung von Süd-Bayern in Erwägung ziehen. Pflicht der Reichsregierung sei, Bayern zur Achtung von Reichsverfassung und Reichsgesetzen zu zwingen. Im Sinne der republikanischen und reichstreuen Bevölkerung Bayerns stellt der Landesvorstand der U. S. P. Bayerns folgende Forderungen: 1. Intraffsetzung der Reichsverfassung in Bayern, Verhinderung jeglicher bayerischer Sonderpolitik; Beseitigung des Ausnahmezustandes mit seinen Volksgerichten und mit seiner Polizeivillkür. 2. Säuberung amtlicher Stellen von reaktionären höheren Beamten. 3. Reinigung der Rechtspflege von monarchistischen und reaktionären Klassenrechten. 4. Ausdehnung der Reichsamtweite vom 4. August 1920 auch auf die politischen Gefangenen Bayerns.

Es handelt sich bei dieser Kundgebung keineswegs um eine Parteiangelegenheit, sondern um den Schutz der Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Und die bayerischen Arbeiter werden in ihrem Kampfe gegen die Nahr-Regie-

rung nicht allein stehen. So berichtet der „Vorwärts“ an hervorragender Stelle seiner Sonntagsausgabe, daß das bisherige Verhalten der bayerischen Regierung die Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere aber die sozialdemokratische Partei Deutschlands veranlaßt habe, Schritte zu unternehmen, die im Falle einer weiteren Sabotage der Anordnungen des Reiches verwickelt werden können. Die bayerische Regierung solle sich über den Ernst der Situation nicht täuschen, zumal die Arbeiterschaft und insbesondere die Sozialdemokratie bereit sei, alles zu unternehmen, um die Reichseinheit zu schützen und den Maßnahmen der Regierung Nachdruck zu verleihen. Die Vorbereitung zur Verwirklichung dieser Schritte seien bereits getroffen. In dem gleichen Sinne schreibt auch die „Freiheit“, das Berliner Organ der U. S. P. Sie sagt, daß der Widerstand der reaktionären Elemente mit den bisherigen Mitteln kaum und keineswegs innerhalb kurzer Zeit gebrochen werden könne. Größte Eile sei aber geboten, denn die Republik sei in Gefahr. Wir können hinzufügen, daß die einzigen Vermittlungen der verantwortlichen Vertretungen der Arbeiterschaft bestimnte Beschlüsse gefast hat, die unverzüglich verwirklicht werden sollen, wenn die Reichsregierung sich als zu schwach erweisen sollte, der Reaktion Herr zu werden.

Aber nur wenn die Arbeiterklasse auch künftig geschlossenen vorgeht und sich nicht von gewissenlose Parocienstriebe zu parteiischen Einzelhandlungen hinarbeiten läßt, kann sie mit Aussicht auf Erfolg an die Lösung der ihr jetzt bevorstehenden Aufgaben herangehen. Welche gewaltige Macht das geeinigte Proletariat darstellt, dafür waren die Kundgebungen der vergangenen Woche ein lebendiges Zeugnis. Wohin die Zersplitterung die Arbeiterschaft gefahrt hat, dafür haben wir nicht minder deutliche Beispiele. Soeben veröffentlicht der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei seinen für den Sörliger Parteitag bestimmten Bericht über das Geschäftsjahr 1920—21. Demnach ist die Mitgliederzahl gegen das vorige Jahr um 10851 auf 1.221.060 oder um 3,4% gestiegen. Was lehren uns diese Zahlen? Die sozialdemokratische Partei hat im vergangenen Jahre unter den günstigsten Umständen ihre Organisationsarbeit leisten können. Der Moskauer Spaltungswahnsinn hatte die Unabhängige Partei im Oktober des vorigen Jahres zerschlagen. Man konnte annehmen, daß eine große Zahl der U. S. P. angehörnden Arbeiter zu den Rechtssozialisten fliehen werden, teils als Verärgerte über den unerträglichen Parteifreit, teils aus Unzufriedenheit darüber, daß auch der auf dem Boden des unverföhnlichen Klassenkampfes stehende Teil des Proletariats die soziale Revolution nicht zum Ziele führen könnte. Nun hat die kommunistische Partei ihrem Parteitag in Jena berichtet, daß sie etwa 300.000 Mitglieder habe; in Wirklichkeit stehen aber die meisten von ihnen nur auf dem Papier, zahlende Mitglieder dürfte die K. P. D. nicht viel über 100.000 haben. Die U. S. P. hat ihren Jahresbericht noch nicht veröffentlicht, doch braucht nicht verschwiegen zu werden, daß sie durch die Spaltung erhebliche Verluste erlitten hat und daß ihre Organisationen wesentlich geschwächt worden sind. Wohin sind nun die Arbeiter gekommen, die von keiner der drei Parteien organisatorisch erfasst werden? Sie sind ins Lager der Indifferente versunken und diese Tatsache erst hat der nationalistischen und monarchistischen Reaktion die Möglichkeit gegeben, ihre bisherigen Positionen zu befestigen und neue dazu noch zu erobern.

Die bitteren Lehren der letzten Jahre werden an der Arbeiterklasse hoffentlich nicht spurlos vorübergehen. Wenn sie sich jetzt zum Schutze der Republik erhebt, so befindet sie zugleich damit ihren festen Entschluß, der Zer-

splitterung in den eigenen Reihen ein Ende zu machen und den allen Teilen des Proletariats gemeinsamen Feind auch gemeinsam zu bekämpfen. Und das wird ihr die Kraft geben, nicht nur entschlossene Worte zu gebrauchen, sondern sie auch in die entscheidende Tat anzusetzen.

Ein Sieg der Agrarier.

Die Agrarier haben abermals einen Sieg errungen und diesmal wieder wie so oft gegen die Kleinlandwirte. Der Ernährungsplan und die Getreideablieferungsmengen wurden der Regierung von ihnen diktiert. Unverhohlen haben die Agrarier dieses wiederholt ausgesprochen und in ihren Versammlungen u. Blättern erklärt, daß die Einteilung des Getreidekontingentes ihr Werk und ihr Erfolg ist. Diese Aufteilung des Getreidekontingentes auf die einzelnen Produzenten bedeutet für die Regierung ein Denkmal der Schande und zeigt nur die Agrarier in ihren rücksichtslosesten Egoismus.

Der Regierungsplan vom 30. Juni 1921, regelt die Liefermengen der Getreideproduzenten. In dieser Verordnung heißt es, daß 3 Hektar frei sind, von 3 bis 5 Hektar Ackerboden sind 30 Kilogramm per Hektar abzuliefern, von 5 bis 20 Hektar 60 Kilogramm. Im Ganzen sollen 40.000 Waggons aufgebracht werden, das übrige Getreide bleibt dem freien Verkehr überlassen. Das Quantum von 40.000 Waggons ist im Verhältnis zur heurigen Ernte nicht hoch und könnte spielend leicht von Besitzern mit 15 Hektar Ackerboden aufwärts geliefert werden, wobei jedem Einzelnen von diesen Besitzern mehr als 60 Prozent für den freien Verkehr bleiben würde.

Nun scheint auch die Liefermenge der kleinen Landwirte von 30 und 60 Kilogramm per Hektar eine Kleinigkeit zu sein, die mit Leichtigkeit aufgebracht werden kann. In Wirklichkeit ist dieses aber eine unerfühlbare und schwere Belastung für die Kleinlandwirte, wie wir im nachstehenden beweisen werden. Wäre diese Vorlage dem Parlamente unterbreitet worden, so wäre bestimmt eine Änderung möglich gewesen, so aber wurde dieser Entwurf nicht einmal dem landwirtschaftlichen Ausschusse vorgelegt. Sollen die kleinen Landwirte ihrer Lieferpflicht genügen, so müssen sie Getreide kaufen. Durch diese Vorlage werden Kleinlandwirte nun gezwungen, Getreide zu liefern die nie einen Ueberschuß an Getreide hatten. Es wird nicht Rücksicht genommen werden auf die Bonität des Bodens. Dazu kommt noch, daß die Kleinlandwirte in den meisten Gegenden wenig oder gar keine Wiesen haben und infolge dessen mehr Futterpflanzen zur Erhaltung ihres Viehes anbauen müssen. Besonders zu beachten ist, daß die Felder der Kleinlandwirte und Kleinpächter im Durchschnitt in einer schlechteren Bonitätsklasse liegen als die der Großbauern und Großgrundbesitzer. Aber auf all das hat man nicht Rücksicht genommen und verlangt, daß das Getreide, das die Kleinlandwirte zur Erhaltung ihres Haushaltes brauchen, abgeliefert werden muß. Jeder halbwegs in der Landwirtschaft Erfahrene weiß, daß Besitzer mit drei oder fünf Hektar ihren Boden zur Hälfte mit Alee, Kartoffeln, Mischling und anderen Futterpflanzen bebauen muß, um ihren Viehstand zu erhalten. Von der anderen Hälfte von eineinhalb oder zweieinhalb Hektar baut er, das ist doch offenkundig, nur für seinen Haushalt an. Das für seinen Haushalt gebaute Getreide soll er nun abliefern. In den meisten Jahren muß er noch Getreide zukaufen. Ist das nicht Wahnsinn? Nun ergibt sich folgendes: Ein Besitzer von 3,5 Hektar Ackerboden hat 105 Kilogramm Getreide zu liefern, er kauft 100 Kilogramm im freien Verkauf um 380 K., macht per 105 Kilogramm 399.— K. Höchstpreis für 100 Kilogramm abgeliefertes Getreide ist 190

macht K 199.50. So erleidet er hiermit einen Schaden von K 199.50. Noch schlimmer geht es Besitzern von 5 1/2 Hektar Ackerboden. Solche müssen 330 Kilogramm zu obigen Preisen kaufen, er ist also um 627 K geschädigt. Ist das nicht ein ausgesprochenes Verbrechen, das man an den Kleinbauern begeht? Und das nennen die Großbauern höhnisch, denn anders ist es nicht aufzufassen, einen Sieg. Während des haben sie den Frauen der kleinen Landwirte die beste Kuh aus dem Stalle requiriert und Getreidelieferungen vorgeschrieben die unaufbringlich waren und heute treiben sie es mit Hilfe der Regierung noch ärger. Wir fragen, wo soll dieser Kleinlandwirt, der nicht so viel Produkte verkaufen kann, um seine Bedürfnisse für den Haushalt zu decken, das Geld hernehmen, um das zu liefernde Getreide kaufen zu können? Daß die Agrarier so schlecht sind, um eine solche Verordnungsstände zu bringen, daran haben wir nicht gezweifelt, daß aber die Regierung gar so feig ist und den egoistischen Ratschlägen der Agrarier ohne weiteres Folge leistet, haben wir doch nicht für möglich gehalten. Wir sehen also welchen Einfluß die Agrarier bereits heute auf die Regierung haben. Erklärlich wird die Sache weiters, wenn wir bedenken, daß der Agrarier Svehla als künftiger Ministerpräsident schon heute der Diktator der Regierung ist. Die Schuld an dieser Expreserverordnung liegt also weniger an den betreffenden Beamten Ministern als an den Terror der Agrarier und zwar ohne Unterschied der Nation. Wie Spott und Hohn wirkt diese Verordnung auf die Kleinlandwirte, wenn von einer Freigabe von 60 Prozent gesprochen wird, wo doch der kleine Landwirt Getreide zulaufen muß. Wäre es ein Unglück, wenn den Kleinen auch die Möglichkeit geboten wäre, einige Kilogramm zu verkaufen, um sich ein Hemd zu kaufen? Eine furchtbare Aufregung hat sich der kleinen Landwirte bemächtigt. Aber der Jahrtag für die Agrarier wird kommen. Das ahnen sie auch, daher arbeiten sie mit Hässlichkeiten, Demagogie und Betrug, indem sie bei jeder Gelegenheit erklären, die Sozialdemokraten sind Schuld an dieser Kontingentauflösung. Nachdem sie aber andererseits diese Sache als ihren Sieg ausposaunt haben, so wird es doch schwer fallen, dieses Verbrechen wegzuschwindeln.

Das Burgenland.

Von unserem Wiener Korrespondenten.

In dem Kampf, den Ungarn um die Erhaltung des deutschen Westungarn führt, taucht auch das Argument auf, daß Deutschösterreich Westungarn annektieren, die Bewohner gegen ihren Willen von Ungarn losreißen wolle. Die ungarischen Staatsmänner und alle geriebene Politiker. Während die einen daheim ihre Politik mit brutaler Gewalt durchzusetzen suchen, suchen die anderen draußen mit den modernsten Kulturphrasen Europa für sich zu gewinnen. So suchen sie auch ihren Anspruch auf Westungarn durchzusetzen und Deutschösterreich vor der Demokratie Europas durch den Vortwurf der Annexionsabsicht ins Unrecht zu setzen.

Aber in der westungarischen Frage hat Deutschösterreich ein durchaus reines Gewissen. Westungarn ist ein deutsches Land. Schon hundert Jahre, bevor die Magyaren nach Europa kamen, war es von Deutschen besiedelt. Daß es zu Ungarn kam, geschah gegen den Willen seiner Bewohner. Der Habsburger Ferdinand III. trat es an Ungarn ab, damit ihn die Magyaren zum König wählen. Vergebens erhoben die niederösterreichischen Stände dagegen Einspruch. Allerdings wurde im Laufe der letzten Jahrzehnte — in der absolutistischen Zeit kümmerte man sich weniger darum — Westungarn äußerlich magyarisiert. Die Gemeinden erhielten magyarische Namen, mußten magyarische Verhandlungssprache annehmen, die Schulen wurden magyarisiert, bei Gericht wurde nur in magyarischer Sprache Recht gesprochen. Eine dünne Schicht von magyarischen Beamten, magyarisierter Großbourgeois und Großgrundbesitzer herrschte über die breiten arbeitenden Massen in Stadt und Land, die deutsch waren.

Die nationalstische Demokratie, die nach dem Zusammenbruch in Ungarn aus Ruder kam, bedeutete für die Deutschen Westungarn noch nicht die Befreiung; hielt sie doch gleich der Feudaloligarchie, die bis zum Zusammenbruch herrschte hatte, an der Integrität Ungarns fest. Auch die Rätehdiktatur suchte, wenn auch aus anderen Gründen, das Land durch militärische Besetzung von dem Anschluß an das „gegenrevolutionäre“ Österreich abzuhalten. Immerhin kam damals der deutsche Charakter des Gebietes zum Ausdruck. Es ist den deutschen Sozialdemokraten zuzuschreiben, daß das ganze deutsche Sprachgebiet, einschließlich der kroatischen Sprachinsel, eine weitgehende Autonomie erhielt, die es ermöglichte, die deutsche Sprache in ihre Rechte einzusetzen. Als die Rätehdiktatur zusammengebrochen war, begann die weiße Regierung wieder mit dem alten Unterdrückungssystem, nur noch in viel brutaleren Formen. Es wurden Offizierspatrouillen hingeschickt, die nicht nur mit den Kommuni-

sten, sondern auch mit den Anhängern des Anschlusses an Deutschösterreich aufräumen sollten. In vielen Orten des Grenzgebietes war nämlich nach dem Zusammenbruch der Rätehdiktatur der Anschluß an Österreich proklamiert worden. Oberst Lehar, der mit der Organisierung der „Brachialgewalt“ betraut worden war, beantwortete die Proklamation mit Strafexpeditionen. Zwangsrekrutierungen wurden vorgenommen, Vieh weggeschleppt, Menschen eingekerkert und gemordet, dasselbe System, das ja die weiße Regierung auch im übrigen Ungarn eingeführt hatte.

Die Wut der weißen Regierung gegen die Deutschen Westungarns war um so größer, als in den Friedensverhandlungen in St. Germain Westungarn an Österreich zugesprochen worden war. Allerdings nicht das ganze deutsche Sprachgebiet, sondern nur der kleinste Teil, während ein Teil, und zwar der wirtschaftlich wertvollste, der Tschechoslowakei abgetreten, der Rest in dem sich große deutsche Gebiete, so das deutsche Gebiet mit dem Eisenbahnhauptpunkt Steinamanger befindet, bei Ungarn belassen wurde. Die österreichische Friedensdelegation, die unter der Führung Kenners stand, hatte für das ganze westungarische Gebiet das Selbstbestimmungsrecht geltend gemacht und die Volksabstimmung verlangt, aber der Oberste Rat mochte auf das Selbstbestimmungsrecht mit Rücksicht auf die Tschechoslowakei nicht eingehen, sondern sprach uns ohne Volksabstimmung einen Teil des Gebietes zu.

Man sieht schon aus dieser Darstellung, daß nicht nur die Sozialdemokratie, sondern die offizielle Vertretung Deutschösterreichs weit davon entfernt war, Westungarn zu annektieren, und daß sie, wenn auch unter der Führung der Sozialdemokraten, die Volksabstimmung forderte. Und auf diesem Standpunkt ist die Sozialdemokratie immer geblieben und es ist ihr auch gelungen, die Wehrheit dafür zu gewinnen. Allerdings für eine Volksabstimmung nicht unter den Bajonetten der weißen Truppen. Denn die ungarische Regierung versuchte bald mit der Frage der Volksabstimmung ein demagogisches Spiel aufzuführen. Im Februar 1920 erhielt die österreichische Regierung plötzlich ein Angebot der ungarischen Regierung, das vorgab den westungarischen Konflikt auf dem Boden der Demokratie beseitigen und freundschaftliche Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn schaffen zu wollen: die Bevölkerung Westungarns sollte über ihre staatliche Zugehörigkeit abstimmen und wenn sie sich zu Ungarn entscheide, solle Österreich durch wirtschaftliche Kompensationen entschädigt werden. Dieses Angebot wurde von der österreichischen Nationalversammlung einstimmig abgelehnt. Aber alle Redner sprachen es aus, daß Österreich bereit sei, Westungarn durch eine Volksabstimmung über sein Schicksal entscheiden zu lassen, aber erst, wenn die ungarischen Truppen abgezogen seien, die Freiheit der Agitation und Aufführung für alle Teile wieder hergestellt sei und die Bevölkerung ihre eigenen Behörden gewählt habe.

Neuer ist die ungarische Regierung mit einem ähnlichen Angebot gekommen und sie glaubte diesmal eher Entgegenkommen zu finden, weil, wie Graf Banffy in einer Rede erklärte, diesmal in Österreich eine Partei am Ruder sei, die eine ähnliche Weltanschauung habe wie die ungarische Regierung. Der ungarische Broschlag gipfelte darin, rund ein Drittel Westungarns, vor allem das Gebiet um Ledenburg, bei Ungarn zu belassen. Dieser Vorschlag wurde von der österreichischen Regierung abgelehnt und der Ausschluß für Kaufheres sprach sich für weitere Verhandlungen mit Ungarn über alle Fragen aus, aber unter der Bedingung, daß vorher das Burgenland ohne Störung übergeben sei. Ueber die Abgrenzungsfrage solle auf Grund der Willensäußerung des burgenländischen Volkes eine Lösung gesucht werden. Die Sozialdemokraten hatten, weniger verlausuliert, die Volksabstimmung für Westungarn gefordert, allerdings erst nach der Uebergabe des Landes.

Wie berechtigt die Vorsicht gegenüber den demagogischen Vorschlägen der ungarischen Regierung war, zeigten die Ereignisse der letzten Wochen. Wenn die ungarische Regierung bei ihren Vorschlägen auf das Entgegenkommen der christlichsozialen Partei rechnete, so hatte sie dafür allerdings gute Gründe. Wohl hat die christlichsoziale Partei offiziell nie etwas getan, was einem Aufgeben des Anspruches auf das Burgenland gleich käme. Aber das christlichsoziale Hauptorgan die „Reichspost“ hat schon seit dem Jahre 1919 immer mehr eine ungarische als eine österreichische Politik — nicht nur in der westungarischen Frage — gemacht. Westungarn sollte das Aufmarschgebiet sein, von dem aus die Habsburger nicht nur Ungarn sondern auch Österreich zurückerobern sollten. Jetzt freilich muß auch die „Reichspost“ von den Ungarn abriden, will sie nicht die Wahlausichten ihrer Partei in dem vornehmlich agrarischen Burgenland mutwillig zerstören. Denn daß Westungarn schließlich doch an Österreich übergeben werden wird, darüber steht kein Zweifel. Dann wird das burgenländische Volk in Freiheit seine Behörden wählen und über sein Schicksal entscheiden.

Der magyarische Überfall.

Der österreichische Kabinettsrat gegen die Horthybanditen.

Wien, 6. September. Heute mittags trat der Kabinettsrat zusammen, um Beschlüsse über die Note zu fassen, die an die Entente zu senden sei, ferner über Schritte, die in Budapest erfolgen sollen. Am Vormittag fand eine Besprechung zwischen dem Bundesminister Baugoin, dem Minister des Innern Dr. Waber und dem Bundeskanzler Schober statt. Hierauf fand auf Anregung des Bundesrates Dr. Drexel eine Beratung aller drei Parteien statt, um über in gemeinsames Vorgehen schlüssig zu werden. Die Stimmung in Wiener Regierungskreisen ist infolge des ungarischen Vorstoßes gegen Kirchschatz sehr erregt. Es wurde heute schon der Gedanke erörtert, die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn abzubrechen, falls die Budapest Regierung nicht unverzüglich ihren Verpflichtungen nachkommt, die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt und nicht unverzüglich die Entfernung der Banden aus Westungarn anordnet.

Ein Aufruf des Wiener Parteivorstandes.

Wien, 6. September. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Der Parteivorstand der Sozialdemokratie und der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes haben heute folgenden Beschluß gefaßt: Die organisierte Arbeiterschaft hat in der gegenwärtigen Krise eine doppelte Aufgabe und muß zunächst alles tun, um den durch Horthy-Ungarn bedrohten Frieden zu retten und die Gefahr eines neuen Krieges zu verhindern. Wenn aber Horthy-Ungarn uns trotzdem zu einem Kampfe zwingen sollte, der nicht nur ein Kampf um das Burgenland, sondern ein Kampf um die Existenz der Republik wäre, dann müßte die Arbeiterschaft die bedrohte Republik mit allen Mitteln verteidigen, solange noch die Hoffnung besteht, durch diplomatische Verhandlung den Konflikt zu beenden, muß jede gewaltsame Erhebung der Arbeiterschaft unterbleiben, da sie die Kriegsgesahr steigern und Horthy-Ungarn einen Vorwand zum Kriege geben würde. Sollte aber trotz der friedlichen Haltung der Republik und trotz der besonnenen Haltung der Arbeiterschaft Horthy-Ungarn den Krieg gegen Deutschösterreich unternehmen, dann wird es die Pflicht der Arbeiterschaft sein, sich mit der Waffe in der Hand an die Seite unserer Wehrmacht zu stellen, um die Republik und die Freiheit der Arbeiterschaft zu verteidigen. Doch haben wir die Hoffnung, daß der Friede erhalten werden kann. Daher darf die Arbeiterschaft jetzt ihre Besonnenheit nicht verlieren. Die gesamte Arbeiterschaft fordern wir auf, in den Tagen der Gefahr die Wehrmacht zu unterstützen, indem sie den Verkehr und alle Betriebe, die für die Vorphaltung und Ausrüstung der Wehrmacht wichtig sind, in ungestörtem Gang erhält und allen Intriguen der Karlisten, die im Interesse der Horthy Vorkämpfe suchen, um gerade in den Tagen der Gefahr Konflikte herbeizuführen und die Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten provozieren wollen, machtvoll entgegentritt.

Kirchschatz zurückerobert.

Wien, 6. September. Verichten der Wiener Blätter zufolge hat sich die Situation bei Kirchschatz zugunsten der Österreicher geändert. Drei Kompagnien Reichswehr standen gestern von 5 Uhr früh bis spät nachts im Kampfe mit den Aufständischen. Schließlich gelang es ihnen, die Magyaren, welche Geschieße in der Schlachtlinie aufstellten, hinter die Grenze zurückzudrängen. Kirchschatz ist in der Hand der Österreicher.

Der Bundesrat an die Völkerbundversammlung.

Wien, 6. September. (Eig. Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Im Bundesrat wurde heute ein von allen drei Parteien eingebrachter Antrag einstimmig angenommen, in dem es unter anderem heißt: „Der Friede unserer Republik ist durch Ungarn sehr bedroht. Nach den Verträgen von St. Germain und Trianon ist Westungarn ein Bestandteil Österreichs und hätte in den letzten Augusttagen übergeben werden sollen. Unsere einrückenden Polizei- und Gendarmereieorgane haben aber ungarische Gendarmereie und Truppen, reguläre und Banden unter dem Kommando von Offizieren des ungarischen Heeres gewaltsam an der Befehung gehindert. Am 5. September haben ungarische Truppen die Grenzen Österreichs überschritten und einen bewaffneten Einfall in Niederösterreich unternommen. Durch diese Kriegshandlung wurde der Friede Österreichs auf schwerste verletzt. Der Bundesrat richtet an die Völkerbundversammlung den Appell, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit der Friede

der Republik gegen Ungarn geschützt werde und die Staatsverträge von St. Germain und Trianon erfüllt werden.“

Die Ungarn müssen sofort das Burgenland räumen.

Paris, 7. September. Die ungarische Note an die Entente, das Burgenland erst nach finanzieller Sicherstellung seitens Deutschösterreichs zu räumen, wurde abgewiesen und Ungarn beauftragt, das Burgenland sofort zu räumen, da dies eine Lebensfrage Ungarns bedeute.

Inland.

Burgfriedliche Stimmung. Nachdem sowohl die Nationalisten als auch die tschechischen Sozialdemokraten sich für den Eintritt in die Regierung entschieden haben, bläßt das „Ceske Slovo“ die Friedensschalmei. Es hebt hervor, daß die beiden sozialistischen Parteien beinahe dieselben Forderungen aufgestellt haben und fährt dann fort: „Nur durch die Erfüllung des sozialistischen Minimalprogramms kann die gezielte Entwicklung dieses Staates gesichert werden. Die Forderungen, die in den Entschliessungen der sozialistischen Parteien ausgesprochen sind, sind die Zusammenfassung alles dessen, was der soziale und materielle Inhalt der bisher nicht beendeten nationalen Revolution waren. Wir glauben auch nicht, daß sie abgelehnt werden könnten. Wenn das der Fall wäre, wäre es notwendig, daß sich die Bevölkerung über das künftige Regierungsprogramm ausspricht und das Ergebnis ihrer Abstimmung wäre dann freilich unbezweifelbar. Wir erwarten daher auch, daß in den bürgerlichen Parteien über das sozialistische Minimalprogramm eingehend erwogen werden und daß die Antwort einfach und nicht zweideutig sein wird. Es geht auch nicht anders. Kommt es zur Schaffung der parlamentarischen Regierung, wird der kommende Premier im Regierungsprogramm klar die Forderungen der Sozialisten vortragen gezwungen sein und es werden auch die anderen Parteien der kommenden Koalition nicht umhin können, sich darüber zu äußern. Ihre Abstimmung wird sie dann allerdings auch vor ihren Wählern verpflichten.“

Mutige Worte. In der „Tribuna“ setzt deren Redakteur Gustav Stern seine mutigen Ausführungen über das Verhältnis zwischen Tschechen und Deutschen, wozu ihm ein längerer Aufenthalt im deutschen Gebiet Anlaß war, fort. Er schreibt unter anderem: „Man könnte einwenden, daß die Deutschen dadurch keineswegs verkürzt werden, wenn die Solohn nach Reichenberg fahren! Dies ist richtig, aber ich antworte mit der Frage, welche mir gerade in Reichenberg ein durchaus nicht chauvinistischer Deutscher gegeben hat: Wenn die Tschechen Fahrten nach Reichenberg unternehmen, können auch die deutschen Turner einen Kongress in Prag veranstalten, wo doch eine bedeutende deutsche Minderheit ist, in Prag, das die Hauptstadt der Republik ist, in Prag, das die Hauptstadt von 2 Millionen Deutschen in Böhmen ist? Wir sind doch in einem Staate, wo die Gleichberechtigung allen Staatsbürgern gewährleistet ist! Man antworte nun auf diese Frage bejahend, wenn man kann. Was würde geschehen, wenn die deutschen Turner nach Prag kämen und rufen würden: „Es lebe das deutsche Prag!“ Es wäre dies nur eine Nachahmung des Beispiels der Solohn.“

Bilder aus der Slowakei.

Wohnungswucher in der Slowakei. Raffat Munkas schreibt, daß in Kaschau das Abtrittsgeld für eine Wohnung in den belebtesten Stadtteilen durchschnittlich 70.000 bis 75.000 Kronen ausmacht. In Preßburg, sonst der teuersten Stadt der Republik, kann man, wenn auch nicht gerade in den belebtesten Vierteln, bereits um 30.000 bis 40.000 Kronen eine Wohnung bekommen. Allerdings zahlt man für eine Wohnung mit Schmudmöbeln, die übernommen werden müssen, ebenso viel wie in Kaschau.

Staatliche Begünstigung der Bodenspekulanten. Die Stadt Preßburg hat in einem Statut die Besteuerung der unbebauten Gründe angeordnet. Der bevollmächtigte Minister der Slowakei hat die Bewilligung des Statuts verweigert. In der Begründung des ministeriellen Erlasses wird hervorgehoben, daß im Parlament ein Abgeordneter gegen die Grundsteuer gesprochen hat! Die Bodenspekulanten der Slowakei haben einen verlässlichen Anwalt in der Person des bevollmächtigten Ministers. Die Kapitalisten der Slowakei finden in der Regierung immer einen hohen Protektor. Preßburg kämpft mit der größten Finanznot. Die Stadt hat daher eine progressive Zwangsanleihe verordnet, die seinerzeit wieder vom Finanzminister nicht genehmigt wurde. Der Staat leistet keine Hilfe, verhindert aber auch die Selbsthilfe der Stadt, auf Kosten der Kapitalisten.

de, die wirtschaftliche, gesundheitliche und sittliche Gefährdung zu bannen, die solche Zustände für das arbeitende Volk bedeuten. Die hauptsächlichste Ursache des Wohnungslebens und seiner Folgen, nämlich die Spekulation mit Grund und Boden, weist uns den Weg, den wir gehen müssen, um Wohnungsnot und Minderelend zu beseitigen: die Umwandlung des privaten Eigentums an Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum, den Aufbau der sozialistischen Ordnung.

Der Zweikampf zwischen dem Reich und Bayern.

Berlin, 6. September. Wie der „Vorwärts“ erfährt, beraten die Eisenbahner ernsthaft über die bayerische Frage. Auch die Gewerkschaften beraten über die Forderungen, die eine Delegation der sozialistischen Parteien und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dem Ministerium nahe unterbreiten wird.

Der „Sozialanzeiger“ meldet heute u. a.: Die Hochspannung zwischen Berlin und München ist durch die neue Rede Wirths weiter verschärft worden. Die Erregung in Bayern wächst stündlich. Auch dem „Berl. Tageblatt“ zufolge ist nicht zu verkennen, daß die innerpolitische Lage in Bayern in den letzten 48 Stunden eine neue Verschärfung erfahren hat, wozu das Verbot der „München-Augsburger Zeitung“ und die Vorgänge bei der republikanischen Feier in Koburg den äußeren Anlaß gaben. Wie das Blatt vernimmt, soll jedenfalls bis Ende der Woche die endgültige Entscheidung in der bayerischen Angelegenheit fallen.

Die „Freiheit“ weist auf das Mißbehagen der reaktionären Presse über die letzte Reichstagsrede hin, die besonders in Bayern zutage trete. Die „Münchner Zeitung“ wirft dem Reichskanzler vor, daß er sich wie seine Führer des Proletariats benehme und daß die Abspaltungsbewegung in Nordbayern ein Werk der Reichsregierung sei.

Berlin, 6. September. Der „Täglichen Rundschau“ zufolge kam es in Herford anlässlich einer Fahnenweihe der Angehörigen der Infanterieregimenter 15 und 55 zu großen Störungen. Die Fahnenweihe und der Gottesdienst wurden dadurch unmöglich gemacht, daß die Sozialdemokraten in den Zug der Soldatenvereine eindringen und auf diese losschlugen.

Die Stellung der sozialistischen Parteien.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht an der Spitze seiner Sonntagsausgabe folgende bemerkenswerte Erklärung: „Das bisherige Verhalten der bayerischen Regierung hat die Arbeiterschaft des Reiches, insbesondere aber die sozialdemokratische Partei Deutschlands veranlaßt, Schritte zu unternehmen, die im Falle einer weiteren Sabotage der Anordnungen des Reiches verwirklicht werden können. Die bayerische Regierung soll sich über den Ernst der Situation nicht täuschen, zumal die Arbeiterschaft und insbesondere die Sozialdemokratie bereit ist, alles zu unternehmen, um die Reichseinheit zu schützen und den Maßnahmen der Reichsregierung Nachdruck zu verleihen. Wir glauben richtig informiert zu sein, wenn wir darauf hinweisen, daß die Vorbereitungen zur Verwirklichung dieser Schritte bereits getroffen sind.“

Die bayerische Arbeiterschaft ist entschlossen, den Kampf bis zu seinem Ziele, die Niederwerfung der bayerischen Reaktion, durchzuführen. Am Sonntag tagte in Nürnberg eine Konferenz bayerischer Führer der Rechtssozialisten mit Mitgliedern des Parteivorstandes. Es wurde dort beschlossen, mit allen Mitteln die Regierung Wirth zu unterstützen im Kampf gegen die bayerische Reaktion und den Belagerungsstatus. Die „Münchener Post“ meldet, daß die S. P. D. gewillt sei, gemeinsam mit der U. S. P. vorzugehen. Gleichzeitig fanden in Nürnberg Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern statt, deren Gegenstand ebenfalls der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich bot. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund war der Vorsitzende Leipart anwesend. Der Verbandsausschuß der Gewerkschaften Bayerns wird in diesen Tagen entscheidende Beschlüsse fassen. Der Parteitag der U. S. P. Oberbayerns, der am Samstag tagte, befaßte sich ebenfalls mit den zu treffenden Maßnahmen gegen die bayerische Reaktion. Die Reaktion rüstet zu weiteren Widerstand. Die bayerische Arbeiterschaft stehe auf Seite des Reiches. Die Situation ist sehr ernst.

Bei allen Beratungen wurde zum Ausdruck gebracht, daß man etwaige Verwirrungsversuche der Kommunisten auf keinen Fall zulassen werde.

Das Präsidium der Völkerbundsversammlung.

Genf, 5. September. (Fig.) Für die Präsidentswahl in der Völkerbundsversammlung wurden Montag früh als erste Kandidaten Motta (Schweiz), Hyman (Belgien), Benes (Tschechoslowakei) und Da Cunha (Brasilien) genannt. Nachdem die Schweiz und Belgien aus verschiedenen Gründen entfallen waren, wurde Minister Dr. Benes landläufig, der die Kandidatur ab-

lehnte, da er nicht bis zum Schluß der Tagung in Genf bleiben könne. Im letzten Augenblicke schlug Balfour Holland vor. Bei der engeren Wahl zwischen Holland und Brasilien wurde der holländische Minister des Äußern Karnebeek mit 21 Stimmen gewählt. Die 6 vom Plenum zu wählenden Vizepräsidenten werden Dienstag nach Festsetzung derselben durch die Kommission gewählt werden.

Der neue Piratenstreich der Hortybanditen.

Wien, 5. September. Der amtliche Bericht erzählt zuerst den von uns bereits gestern gemeldeten Ueberfall auf Kirchschlag und fährt dann fort: Die ungarische Aktion gegen die Durchführung der Friedensverträge bietet der österreichischen Bundesregierung den Anlaß, sich an die Bevölkerung mit der feierlichen Versicherung zu wenden, daß sie kein diplomatisches Mittel unversucht lassen wird, um ehrliches Recht wieder herzustellen und die unveräußerlichen Ansprüche Österreichs auf das Burgenland trotz aller Widerstände durchzusetzen.

Wien, 5. September. Die Politische Korrespondenz schreibt: Der ungarische Gesandte hat heute dem Bundespräsidenten eine Note überreicht, in der die ungarische Regierung die Vereitwilligkeit erklärt, die bisher noch nicht geräumte Zone B des westungarischen Anschlußgebietes formell der österreichischen Regierung bzw. der Entente mission in Ledenburg zu übergeben und die Souveränität Österreichs über diese Gebiete anzuerkennen. Sie behält sich jedoch vor, die effektive Räumung des Gebietes bis zur Beendigung der Verhandlungen hinauszuschieben, will hingegen der Bestellung eines österreichischen Regierungskommissärs neben einem ungarischen Regierungskommissär in Ledenburg zur Wahrnehmung österreichischer Interessen zustimmen. Gegenüber diesem Vorschlag gibt es für die österreichische Regierung nur eine Antwort: Das Festhalten an dem Beschlusse des österreichischen Aufsenausschusses vom 13. und 27. August, sowie den neuerlichen Appell an die drei Hauptmächte der Entente, die der ungarischen Regierung obliegende vorbehaltslose Räumung des Anschlußgebietes ehestens zu erzwingen.

Graz, 6. September. Wie den Wätlern aus Hartberg berichtet wird, macht sich in der Gegend von Birkfeld immer mehr ungarisches Militär bemerkbar. Stegerisches Militär bemerkbar. Stegerisches Militär bemerkbar. Stegerisches Militär bemerkbar.

Budapest, 5. September. (M. T. N. B.) Mit Bezug auf einen Artikel des „Pravo Lidu“ über die Nachfertigung des ungarischen Gesandten in Prag schreibt das ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau: das tschechische Blatt fragt, auf Grund welches Paragraphen des Trianoner Friedensvertrages Westungarn in zwei Zonen geteilt wurde. Der Trianoner Friedensvertrag enthält in der Tat keine derartige Maßnahme, doch wurden in der amtlichen Ausgabe der Ledenburg interalliierten Militärkommission, die die Art und Weise der Uebergabe festgesetzt hat, die Uebergabegebiete in zwei Zonen eingeteilt.

Irland.

Vor der Antwort der englischen Regierung.

London, 6. September. (Reuter.) Die Blätter sprechen mit Reserve über die möglichen Ergebnisse des morgen in Inverness zusammentretenden Kabinettsrates. Man hält dafür, daß die Antwort der Regierung morgen abends den Sinn seiner übermitteln werden wird.

Dublin, 6. September. (Reuter.) Der Vizekönig von Irland, Bicomte Fitzalan, ist gestern an Bord des Torpedozerstörers 419 aus Ringstown abgereist. Man vermutet, daß er zu Lloyd George nach Schottland abgereist ist.

Horthy gibt zehn Volkskommissäre doch aus den Klauen.

Budapest, 6. September. „Nemzeti Ujsag“ zufolge werden sich unter der ersten Gruppe der im Austausch gegen magyarisches Gefangenen zehn gewesene Volkskommissäre befinden, von denen einige zum Tode durch den Strang verurteilt worden waren. Der Transport wird unter internationalem Schutz über tschechoslowakisches Gebiet nach Frankfurt a. M. abgehen, wo er von Delegierten der russischen Regierung übernommen werden wird. Gleichzeitig

wird ein Transport von 50 magyarisches kriegsgefangenen Offizieren in Frankfurt von magyarisches Delegierten übernommen werden. Dasselbe Blatt teilt mit: Die gewesenen Volkskommissäre Peter Agoston und Josef Saubrich wollen lieber in Ungarn bleiben, da sie eine Revision ihres Prozesses und eine Rehabilitation zu erlangen hoffen.

Die Griechen gewinnen über die Türken die Oberhand.

Konstantinopel, 5. September. (Sabas.) Die Schlacht am Sakariaflusse scheint eine günstige Wendung für die Griechen zu nehmen. Die Kemalisten traten einen geordneten Rückzug in die Verteidigungsstellungen an. Der Sieg ist bisher nicht entschieden, beide Parteien haben aber schwere Verluste.

Athen, 6. September. (Sabas.) Die Griechen haben Jaben Haman und den Ardizberg besetzt. Sie nahmen ein feindliches Regiment mit dem Kommandanten gefangen und zerstreuten eine starke Artillerieabteilung, welche erhebliche Verluste erlitt und Geschütze in den Händen der Griechen zurückließ.

Wien, 6. September. Das Mittagblatt des „Journal“ meldet aus Genf: Die griechische Delegation teilt mit, daß die griechischen Truppen gestern in Angora eingezogen seien.

London, 6. September. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Telegraph“ in Ostlich erklärte König Konstantin, die Griechen wollten Angora nur wenige Tage besetzt halten und würden sich nach Zerstörung der militärischen Depots und nach Uebernahme des rollenden Eisenbahnmateriels wieder zurückziehen. Der König erklärte anßerdem, die Mächte wollten die griechischen Truppen nicht in Konstantinopel haben, er wolle die Schwierigkeiten der Mächte nicht vermehren. Konstantinopel komme daher nicht in Frage.

Der Streit um die Beute.

London, 6. September. Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Die belgische Regierung wird sich unter keinen Umständen damit einverstanden erklären, daß das Pariser Abkommen vom 13. August in irgend einer Weise abgeändert und das Recht Belgiens auf Priorität bezüglich der Reparationen beeinträchtigt werde. Die belgische Regierung habe formelle Versicherungen vom Quai d'Orsay erhalten, daß Briand den Wunsch habe, die Priorität möge gewahrt werden.

Was Rußland braucht.

Genf, 6. September. Ransen gab Vertretern der Presse eine interessante Aufklärung über das Hilfswerk für das hungernde Rußland. Nach seiner Ansicht würden 4 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nötig sein. Rußland plant 2 Millionen Hektar zu säen. Das internationale Hilfswerk müsse also seinerseits 2 Millionen Tonnen liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Kaukasus aus, 20 bis 25 Millionen Menschen litten ungeschulte Not. Das dringendste sei, Saatfrucht zu beschaffen. Wenn das nicht möglich sei, dann würden Menschen und Vieh sterben müssen. Ueber die jüngsten Verfassungen von Mitgliedern des allrussischen Komitees befragt, wies Ransen darauf hin, daß dadurch große Schwierigkeiten hervorgerufen werden seien. Es war eine undankbare Aufgabe, die er übernehmen habe, aber nur mit Optimismus könne man an sie herantreten. Auf eine Erklärung des Pariser Pressevertreters, daß die Pariser Kommission eine Untersuchung anstelle, erklärte Ransen, daß das sehr schwer sei. Man dürfe keinen Augenblick mehr verlieren.

Der Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft.

London, 6. September. „Times“ meldet aus Warschau, in Londoner Kreisen sei eine Art Panik über den augenblicklichen Stand der polnischen Finanzen entstanden. Die Lage sei schlecht. Das Land wird von einem Streik nach dem anderen heimgesucht, vor allem infolge der ungeheuren Steigerung der Kosten für Lebenshaltung, was von den kommunistischen Agitatoren ausgenützt werde. Die polnische Regierung plant jetzt die Berufung eines amerikanischen Finanzsachverständigen. (Doch wo nichts ist, ist guter Rat teuer.)

Der Segen der hohen Valuta.

Katastrophale Arbeitslosigkeit in Amerika. Paris, 6. September. Nach einer Meldung des „Zeit Parisien“ aus Washington hat der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbandes Gompers erklärt, daß die Zahl der arbeitslosen in den Vereinigten Staaten arbeitslosen ungefähr 6 Millionen beträgt.

Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Berlin, 6. September. (Priv.) Am Montag ist als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands der Ministerialdirektor Prof. Dr. Wiedenfeld nach Moskau abgereist. Die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland sind damit noch nicht aufgenommen; Deutschland hatte sie im Sommer 1918 abgebrochen, nachdem der deutsche Gesandte Mirbach in Moskau ermordet worden war.

Katholische Demonstration in Italien.

Rom, 6. September. Heute früh fanden sich wiederum tausende Mitglieder der katholischen Jugend beim Denkmal Viktor Emanuels ein und legten Rosen nieder. Im Laufe der gestrigen Demonstrationen haben sich einige bedeutungslose Zusammenstöße zwischen den Katholiken und Anhängern anderer politischer Parteien abspielte. Die Gerüchte, daß die Minister der Volkspartei mit ihrer Demission gedroht hätten und dadurch eine Kabinettskrise entstanden sei, beruhen nicht auf Wahrheit.

Der indische Aufstand.

Paris, 6. September. Nach einer Londoner Meldung des „Echo de Paris“ sind in Meerut in der Nähe von Deli von neuem Unruhen ausgebrochen. Die Eingeborenen-Bevölkerung hat Getreidelager geplündert. Die Ordnung ist wieder hergestellt worden.

Magyarische Eisenbahner wurden von der Tschechoslowakei nicht übernommen.

Preßburg, 5. September. Gegenüber den Berichten über eine massenweise Aufnahme des Personals der magyarischen Staatsbahnen in die Dienste der tschechoslowakischen Staatsbahn, teilt das Eisenbahnministerium dem slowakischen Ministerium mit, daß an kompetenten Stellen hievon nichts bekannt sei.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Lage der tschechoslowakischen Eisenindustrie.

In der reichsdeutschen Eisenindustrie haben sich überraschend schnell die Zustände zum Bessern gewendet. Vor wenigen Wochen noch lagen die allgemeinen Verhältnisse ähnlich wie bei uns, ja für einige Zweige der Eisenindustrie war das Verhältnis sogar schlechter als bei uns. Nun aber hat sich das Blatt gewendet und eine ganze Reihe von Eisenbetrieben in Deutschland, die bereits zur teilweisen oder gänzlichen Betriebseinstellung geschritten waren, konnten ihre Produktion in vollem Umfang wieder aufnehmen. Der Preis des Eisens steigt und einzelne Sorten weisen bereits Besserungen bis zu 40 und 50 Prozent auf. Für Stabeisen beispielsweise, das man Ende Mai mit 1800 bis 1900 Mark kaum unterbringen konnte, wurden Ende vorigen Monats schon 2400 bis 2600 Mark pro Tonne bezahlt. Die Ursache dieser Besserung liegt in erster Reihe an der neuerlichen Entwertung der Mark und dadurch wurden viele ausländische Käufer angelockt. Aber auch im Inland selbst wurden viele Aufträge vergeben, sodaß die deutsche Eisenindustrie heute bedeutend besser beschäftigt ist als seit Monaten.

Obwohl auch die Eisenindustrie der Tschechoslowakei ungefähr die gleichen Vorbedingungen für eine Besserung der allgemeinen Verhältnisse besitzt, ist doch von einer solchen bis zur Stunde noch nichts zu verspüren. Nur sehr wenig Betriebe konnten im August die seit langem eingeschränkte Arbeitszeit verlängern, doch stehen diesen wenigen eine ganze Reihe anderer Firmen gegenüber, die die Arbeitszeit oder den Arbeiterstand im Laufe des Monats reduziert haben. Wie sich in der Eisen- und Metallindustrie der deutschen Gebiete der Tschechoslowakei die Krise auswirkt, wofür wir durch einige Zahlen aufzeigen. In dieser Industrie wurden in der besten Zeit nach dem Kriege rund 55.000 Arbeiter beschäftigt; heute sind es kaum noch 45.000. Aber auch sie sind nicht voll beschäftigt. Nach den statistischen Erhebungen des „Internationalen Metallarbeiter-Verbandes“ arbeiteten Ende Juli 10.625 Arbeiter verläßt und zwar: 3066 Arbeiter in 34 Betrieben 5 Tage, 5288 Arbeiter in 43 Betrieben 4 Tage, 2128 Arbeiter in 28 Betrieben 3 Tage und 143 Arbeiter in 5 Betrieben nur 2 Tage in der Woche. Außerdem waren 12 Betriebe mit 709 Arbeitern gänzlich stillgelegt. Der genannte Verband zählte Ende Juli im deutschen Industriegebiet der Tschechoslowakei 3394 arbeitslose Mitglieder. Soweit heute schon ein Ueberblick möglich ist, kann gesagt werden, daß sich die Verhältnisse im August nicht merklich verändert haben. Geringe Besserungen stehen Verschlechterungen gegenüber und eine ganze Anzahl von Firmen, wie Breitsfeld & Danz, Kuffig, Drahtwerke Oberberg u. a. m. haben die wöchentliche Arbeitszeit noch mehr verläßt. Im Gablunger Gebiet allein arbeiten mehr als 1000 Arbeiter nur 40 oder noch weniger Stunden pro Woche.

Aber auch im tschechischen Gebiete liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Arbeiterentlassungen bei den großen Eisenwerken wie Witkowitz, Prager Eisenindustrie, Poldihütte usw. sind auch im August noch nicht zu Ende gekommen und es besteht die Gefahr, daß dieselben im September noch fortgesetzt werden. Fünf E-Hstel der Hochöfen wurden ausgeblasen und in den still, überflutet es flaut. Die meisten Arbeiterurlaube sind vorüber, die Belegschaften stehen den Werken zur Verfügung und wenn nicht sehr bald Aufträge einlaufen, wollen einzelne Betriebe neuerlich Arbeiterentlassungen vornehmen. Für eine Besserung aber fehlt noch immer jede Aussicht. Zunächst wird Deutschland einen großen Teil der ausländischen Aufträge auf Grund seiner verschlechterten Valuta an sich reißen und außer dem hat es ja seit jeher einen besseren Ruf als Eisenzeuger auf dem Weltmarkt besessen, als die Tschechoslowakei. Andererseits aber darf auch nicht übersehen werden, daß neben anderen wichtigen Voraussetzungen auch die Export- und Zollpolitik in Deutschland viel großzügiger und geschäftsmäßiger gemacht wird als bei uns. Auch wir könnten in östlichen Staaten liefern, doch bevor bei uns ein Wagon bis an die Grenze kommt, sind längst die Tschechen dazwischen und haben ihre Waren verkauft. Die Krise in der Eisenindustrie der Tschechoslowakei ist deshalb eine spezifisch tschechoslowakische und grundverschieden von der der anderen Länder und sie ließe sich zum großen Teil beseitigen, wenn die Regierung begreifen lernt, daß man sich mit Fäultschlägen keine Freunde erwirbt. Wie liegen den Absatzgebieten für Industrieerzeugnisse viel näher als Deutschland, sind teurer und kommen in der Regel zu spät. Weil es so ist, haben wir zehntausende Arbeitslose, haben zehntausende Kurzarbeiter, haben Rot und Glend innerhalb der ganzen werktätigen Bevölkerung. Wir haben ungeheure Vorräte an Industrieerzeugnissen und können uns selbst nichts kaufen. Dafür aber steigen trotz der Krise die Kosten der Lebenshaltung.

Englischer Gewerkschaftskongress.

London, 5. September. Der Gewerkschaftskongress in Cardiff wurde in Anwesenheit von 850 Delegierten, die über 6 Millionen Arbeiter vertreten, eröffnet. Der Vorsitzende Fulton erklärte bezüglich des Vorschlages, einen Generalrat der Gewerkschaften zu errichten, die bisherige Methode sei unzulänglich. Neue Methoden müßten eingeführt werden. Er erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwicklung. Die bestehende Arbeitslosigkeit allein verurteile schon die gegenwärtigen Zustände. Die Staatsmänner, Bankiers und Unternehmer dürften versichert sein, daß die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft beseitigt werden und das andere, die auf Gerechtigkeit begründet seien, an ihre Stelle treten müßten. Die Arbeiterpartei müßte die vorherrschende Partei des Staates werden. Die Notwendigkeit, zu einer Verständigung mit den Arbeitern der anderen Nationen zu gelangen, sei größer als je. Die barbarische und wahnwitzige Methode der Regelung von Streitigkeiten durch Krieg müsse verschwinden.

Internationaler Buchdruckerkongress.

Wien, 6. September. Den internationalen Kongress der Buchdrucker und Schriftsetzer, auf welchem auch die Tschechoslowakische Republik vertreten ist, begrüßte im Rahmen der Gemeinde Wien Bürgermeister Neumann, welcher hervorhob, die Anwesenheit von Vertretern der Entente-Länder sei ein Beweis, daß der Nationalismus und Chauvinismus in den

internationalen Beziehungen nachlasse. Der Kongress nahm eine gegen die Unterdrückung der Gewerkschaftsorganisation in Ungarn gerichtete Resolution an und sandte diesen Protest auf telegraphischem Wege an den magyarischen Ministerpräsidenten.

Von der Prager Messe. An den letzten beiden Messetagen hat namentlich die Kürschnerindustrie Millionen-Geschäfte abgeschlossen, welche bedeutend größer sind als an den beiden vorangegangenen Messen zusammengekommen. Dienstag wurden in der Metallbranche und Maschinenbranche, speziell in Motorpflügen und Dreschmaschinen, sowie in der Textilbranche und Konfektion große Umsätze erzielt. Auch auf dem Gebiete der Elektrotechnik, Lebensmittelbranche, Galanteriewaren, Graphit und Leder wurden große Geschäfte getätigt. In Konfektion wurden nach Chicago, in Uhren nach Südböhmen, in Lampen und Porzellan nach Smolna große Umsätze erzielt. Desgleichen wurden Hosensträger, Feuerwerksartikel und Textilien nach Jugoslawien geliefert. Von ausländischen Ausstellern wurden Messingwaren aus Wien, Messer, Juwelen und Antriebsmaschinen für Kochzwecke aus Deutschland, Kanziengehör und Sattlerwaren aus Österreich gemeldet. Es wurden heute wieder Waren im Werte von vielen Millionen Kronen umgesetzt. — Die Frühjahrsmesse wird in der Zeit vom 12. bis 19. März 1922 abgehalten.

Der Wert der Krone. Heute kosten 100 holländische Gulden 2648.50, 100 deutsche Mark 89.90, 100 Schweizer Franken 1411.—, 100 italienische Lire 352.—, 100 französische Franken 630.50, 1 englische Pfund 306.—, 1 Dollar 82.12%, 100 serbische Dinars 170.25, 100 rumänische Lei 89.50, 100 bulgarische Lev 63.—, 100 Wiener Kronen 5.77%, 100 polnische Mark 1.95, 100 südböhmische Kronen 42.10, 100 ungarische Kronen 19.85 K.

Kleine Chronik.

300 Kilometer in 73 Minuten. Sabas meldet Paris: Sadi Lecointe errang den großen italienischen Automobilpreis in den Luftschiffwettlämpfen in der Umgebung von Brescia. Er durchflog die 300 Km lange Strecke in 1 Stunde, 13 Minuten, 9 Sekunden. Zweiter war der Italiener Brasypapa(?) in 1 Stunde, 28 Minuten und 58 Sekunden.

Automobilunglück. Wien, 6. September. Gestern nachmittags ereignete sich auf der Straße zwischen Erlau und Meiß ein großes Automobilunglück. Ein französisches Automobil, in welchem sich zwei Franzosen befanden, stieß an einen Baum auf der Straße und wurde vollständig zertrümmert. Der Fahrer des Wagens wurde getötet, ein zweiter Franzose starb auf dem Transporte in das Krankenhaus.

Ein Milliardenbetrug. Kopenhagen, 5. September. Der hiesige Vertreter der russischen kooperativen Gesellschaft „Arkos“ Gregori Ignatjew ist verhaftet worden unter der Beschuldigung, Milliardenbetrügereien begangen zu haben. Er soll nämlich Bestechungsgelder dänischer Firmen, so von einer einzigen Firma allein 150.000 Kronen, als Provision für Lieferungsverträge an die Sowjetregierung herangeschleppt haben. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung eines nachgekauften Berichtes der Sowjetregierung, Prof. Rabinowitsch.

Mutmaßlicher Vatermord. Der Bürgermeister der Gemeinde Olešano bei Pilsen fand am 30. August im Walde die Leiche eines Mannes. Die Gendarmerie stellte fest, daß der Ermordete der 63 Jahre alte Häusler Vinzenz Kosron aus Temesvár sei. Kosron war vor vier Tagen von Hause fortgegangen in der Absicht, sich ein Haus zu kaufen, hatte bei sich 6000 Kronen und war von dieser Zeit an vermisst. Auf Grund verschiedener Umstände fiel der Verdacht auf

seine eigenen Kinder, den 33jährigen Johann, die 35jährige Anna und den 23jährigen Thomas, den Mord an dem Vater begangen zu haben. Kosron hatte mehrere Jahre nicht mehr mit seiner Frau und seinen Kindern gelebt, war vor kurzem aus der Fremde zurückgekehrt und lebte im gemeinsamen Haushalte mit einer anderen Frau. Der Sohn Thomas war am Tage des Mordes unweit vom Tatorte gesehen worden und zeigte bei der Begegnung eine große Aufregung. Bei der Hausdurchsuchung wurden blutige Kleider vorgefunden. Seine Kinder wurden dem Kreisgericht Pilsen eingeliefert.

Warnung. Die Kanzlei der elektrischen Unternehmungen der Stadt Prag macht darauf aufmerksam, daß zu Privatinstallationsarbeiten nur Angestellte des Installationsgeschäftes der städt. elektrischen Unternehmungen berechtigt sind, welche sich mit einer mit Photographie versehenen Legitimation über ihre Berechtigung zu diesen Arbeiten ausweisen müssen. Die Kanzlei der elektrischen Unternehmungen macht darauf aufmerksam, daß sie die Verantwortung für Diebstähle oder sonstige Schäden, die von Personen, welche sich als Angestellte der Prager elektrischen Unternehmungen ausgeben, angeichtet werden, nicht übernehmen, falls die Partei den Angestellten nicht zur Legitimierung gezwungen und sich seinen Namen nicht gemerkt hat.

Gerichtssaal.

Vom Prager Buchergericht. Die Staatsanwaltschaft in Prag teilt mit: In der ersten Hälfte des August wurden vom Prager Buchergericht wegen Vergehens des Kriegswäunders 19 Personen mit der Gesamtstrafe von 119 Monaten strengen Arrests belegt und zu einer Geldstrafe von 180.500 Kronen verurteilt. Die größte Strafe betrug 8 Monate wegen Schlechthandels mit Zuder.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Morgen nachmittags die Operiettenreihe „Die blaue Majur“ mit Georg Kober und Walter Woboda. Anfang 9½ Uhr. Abends die Operette „Der Tanz ins Glück“. — Die für Samstag angeordnete Premiere von „Scheidungsreise“ muß aus technischen Gründen auf Dienstag verschoben werden. Statt dessen gelangt Samstag die Einakter-Reihe „Der Mantel“, „Schwester Angelica“, „Gianni Schicci“ von Puccini zur Aufführung. — Sonntag nachmittags „Der Tanz ins Glück“, abends Richard Strauß „Der Rosenkavalier“. Dirigent: Alexander Zemlinitsky.

Gastspiel Mine Sanden. Kammerjägerin Mine Sanden singt heute die Titelrolle in Puccinis „Tosca“ (196-IV): Casarodoffi — Richard Kubla. — Freitag verabschiedet sich Frau Sanden als „Salome“ (25. vösl. Vorst.).

Vereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag. Im Februar l. J. wurde auch in Prag eine Ortsgruppe der „Naturfreunde“ ins Leben gerufen, welche heute schon in den Kreisen der Prager Parteigenossen großen Anhang gefunden hat. Die Gruppenleitung veranstaltete einige gelungene Kunstwanderungen durch Alt-Prag, zwei Lichtbildervorträge und Ausflüge in die Umgebung Prag's und nach Deutschböhmen. Die Ortsgruppe wird auch weiterhin allsonntäglich ihre Ausflüge fortsetzen, so daß es unseren Parteigenossen, welche in Prag wohnhaft sind, möglich ist, an diesen sowie den übrigen Veranstaltungen, die im Laufe der Herbst- und Winterzeit abgehalten werden, sich als Mitglieder oder Gäste recht zahlreich zu beteiligen. Das Programm wird stets rechtzeitig von uns veröffentlicht werden. — Donnerstag, den 8. d. M., Ausflug nach dem Stern-Tiergarten; gleichzeitig Besichtigung des Breunober Tiergartens. Treffpunkt Einbstation der Eisenlinie der elektrischen Straßenbahn um 14 Uhr.

Turnen und Sport.

F. V. N. „Gleichheit“ Weiskirchly (Kreismeister) La: F. K. Falte Bilin La 4:2 (2:2) in Weiskirchly. Schönes und ruhiges Spiel, in der ersten Halbzeit besonders flottes Tempo. Bilin zeigte ein den Tschechen eigenes Kombinationspiel. Der Kreismeister mit zwei Erfakleuten spielte sehr erfahren, war jedoch meistens überlegen. Schiedsrichter, mit Absetzstellungen nicht vertraut, kommt für schwerere Spiele nicht in Betracht. — Der Kreismeister hat Sonntag, den 11. ds. Arbeitersportler aus Tachien zu Gast, und zwar Dresden-Löbtau.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Karlsbad. Sonntag, den 11. September in Fiskern. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Die Aufgaben des Parteitages; Wahl der Delegierten zum Parteitag; Wahl der Bezirksvertretung; die politische Situation und unsere nächsten Aufgaben; die Kinderfreundeorganisation und ihre Bedeutung.

Bezirkskonferenz Saaz Sonntag, den 11. September in Saaz. Wahl der Delegierten zum Parteitag.

An unsere Leser!

Rechtsauskünfte. Mehrfachen Wünschen Rechnung tragend, haben wir uns entschlossen, in unserem Blatte eine Rubrik „Rechtsauskünfte“ einzurichten, in welcher unser juristischer Mitarbeiter kurze Auskünfte über Rechtsfragen des täglichen Lebens erteilen wird. Anfragen dürfen nicht anonym, sondern müssen mit dem vollen Namen des Einsenders versehen sein und ein Merkmal (Chiffre) enthalten, unter welchem die Antwort erteilt werden soll.

Juristische Sprachstunde. An jedem Montag in der Zeit zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags wird unser juristischer Mitarbeiter in der Redaktion Prag-2, Havlicekova nam. 32, eine Sprachstunde abhalten und unseren Abnehmern mündliche Auskünfte erteilen. Wir lassen bereits einige Antworten auf uns zugekommene Anfragen folgen.

Auskünfte.

Genosse aus Chobau. Wenn seit dem Zeitpunkt Ihrer gerichtlichen Scheidung mehr als ein Jahr verstrichen ist und Sie seither nicht die eheliche Gemeinschaft mit Ihrer früheren Gattin wieder aufgenommen haben, können Sie bei dem Gerichtshofe, in dessen Sprengel letztere wohnt, aus dem Grunde der unüberwindlichen Abneigung um die Trennung Ihrer geschiedenen Ehe ansuchen; diesem Gesuche muß das Gericht stattgeben, wenn Ihre frühere Gattin nicht Einspruch erhebt oder wenn sie sich auch nur passiv verhält, also nicht bei Gericht erscheint. Wenn aber seit dem Tage der Scheidung drei Jahre verstrichen sind, muß Ihrem Ehetrennungsbegehren selbst im Falle eines Einspruches Ihrer früheren Gattin entsprochen werden. Nach Eintritt der Rechtskraft des Ehetrennungsbefchlusses können Sie eine neue Ehe eingehen.

Mieter, Usmg. Die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes in Prag einzubringende Beschwerden angefochten werden. Diese Beschwerde ist binnen 60 Tagen vom Zeitpunkte der Zustellung der Entscheidung in zweifacher Ausfertigung zu erheben und muß mit der Unterschrift eines Advokaten versehen sein; eine Intervention bei der Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungsgerichte ist nicht unbedingt notwendig.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen
N. Kominik, Prag II., Rennbahn 6. Telefon 6514-111.

Gastwirtschaft „Lidový dům“
der Genossenschaft „Ganymed“
Prag II., Hybernská 7.
Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorzüglicher Mittagstisch, Abendessen und Getränke. Trinkgelder aufgehoben!

Teplitzer Plachen- u. Zeltfabrik
Teplitz-Turn 2. Telef 245.
erzeugt
PLACHEN jeder Art
Wasserdichte. Pferddecken, Regenmäntel
Reparaturen u. Nachimpregnierung
alter Plachen. 28

Pfering-Senf und Essig
ist der Beste!
zu haben in allen Konsum-Verelnen. 47

Vertrauliche allerbeste Bezugsquelle.
Billige Bettfedern vom Gänsezüchter!
1 kg graue Halbchleisfedern Kc 18.—, halbweiße geschlossene Kc 22.— u. 24.—, weiße flaumige Kc 35.—, 40.— und 50.—, Herrschafts-Halbflaumchleis Kc 70.— u. 80.—, hochfeine Kc 90.—, ungechl., weiße, feine Kc 62.— u. 80.—, grosse fertige Tuche, gut gefüllt Kc 160.—, 190.—, und 250.—, Kopfpolster Kc 40.—, 58.— u. 73.—, versendet gegen Nachnahme Wenzel Fremuth, Deschenitz Nr. 145, Böhmischerwald. Nichtpass. tausche um od. Geld zurück. Ausführliche Preisliste gratis.

Verlangt in Drogerien und Konsumvereinen
„BRILANTOL“
beste Kleiderstofffarbe.

Kassen
feuersichere Bücher- und Dokumentenschränke, Mauer-Safes und Kassetten liefert billigst renommierte Firma
Friedrich Wiese, Hauptniederlage, Prag
Telefon 748 Senovážná ul. 2. Telefon 748

BÜRSTEN,
Anstreich- u. Rasierpinsel in erstkl. Ausführung nach Nürnberg. Art lief. direkt an Konsumvereine und Gewerkschaften
S. ADLER,
Bürsten-, Pinsel- u. Holzwarenfabrik Ges. m. b. H. Markt Eisenstein, Böhmischerwald.

Schreibmaschinen Bureaubedarf **GIBIAN & CO., PRAG II., Lucerna**
SMITH BROS. **Vervielfältiger** 17 **Telefon 9623.**
Lieferanten d. Grosseinkaufsgesellsch. für Konsumvereine, Prag.

Sozialistische Bildungspflege.

Von Rud. Rüdiger-Teplitz.

In den Anfängen der Arbeiterbewegung waren die Arbeiter-Lese- und Bildungsvereine jene Einrichtung, wo sich die Arbeiter sozialistisches Wissen und sozialistische Weltanschauung erwarben. Die jähren Wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte und die machtvolle Entwicklung der Arbeiterorganisationen, wobei alle Kräfte in Anspruch genommen wurden, brängten die Bildungspflege in den Hintergrund. Und doch muß das Bemühen der Sozialdemokratie, als Partei der Besitzlosen, dahingehen mit aller Kraft, zu streben, das proletarische Bildungswesen zur mächtigen Entfaltung zu bringen. Viele schöne Worte sind darüber gesprochen und geschrieben worden. Viel Beifall gab es für alle jene, die von Bildungswesen sprachen. Dem Worte und seiner Begeisterung folgte aber selten eine Tat. Man schreckte vor der Arbeit, die eine ausdauernde und zähe sein muß, soll auf diesem Gebiete etwas Bedeutendes geleistet werden, zurück und vor der Erkenntnis, daß diese Arbeit große Geldmittel erfordert. Daher werden wir in unserer Bewegung zu keiner bedeutsamen Bildungspflege kommen können, solange wir diese Mittel nicht haben. Wir brauchen eine Bildungssteuer, die wir uns selbst auferlegen, denn nur was wir aus Eigenem schaffen, wird uns gehören. Schon werden in den einzelnen Bezirken und Kreisen Beträge für Bildungszwecke eingehoben, ein Beweis dafür, daß unsere Genossen erkennen, daß ohne regelmäßige Geldeinnahmen Bildungsarbeit schwer zu leisten ist. Es wäre Aufgabe des kommenden Parteitag ein Bildungsbeitrag für das ganze Reich zu beschließen, der auf die Bildungsausschüsse der Bezirke, der Kreise und des Reiches zur Aufteilung gelangt.

Das Ziel aller sozialistischen Bildungspflege ist die Erziehung zum sozialistischen Willen, zur sozialistischen Weltanschauung, zur praktischen Arbeit in den Tageskämpfen. Wollen wir zielbewußt arbeiten, dann darf die Schulung der Arbeiter für den Klassenkampf nicht Gelegenheitsarbeit oder Kleinbürgerliche Bildungsphilisterei sein, sondern ein großzügig angelegtes und gut finanziertes Schulsystem. Unsere Unterrikskurse und Schulen für Vertrauensmänner sind Schulen des Klassenkampfes. Neben diesen Schulen muß ein gutgeleitetes Vortragswesen, das nicht auf Zufälligkeiten aufgebaut ist, bestehen und gleichzeitig, der Bücherbewegung ein besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Das Bücherwesen der Arbeiterklasse liegt noch sehr im Argen. Vieles, was sich heute Arbeiterbücherei nennt, mit ganz wenigen Ausnahmen, ist ein buntes Durcheinander von Echten und Surrogaten, von Neuem und Altem, das an die Arbeiter herangebracht werden soll. Wir brauchen für die Schulung der Massen gut eingerichtete Büchereien. Aufgabe aller Bildungsausschüsse soll es sein, durch die Zusammenlegung von kleineren Vereinsbibliotheken, den

Grundstock zur größeren Arbeiterbücherei zu legen. Wo sich unsere Genossen auf die Gemeindebüchereien verlassen, verlassen sie sich auf den reaktionären Staat und nicht mehr auf die eigene Kraft. Die Gemeindebücherei ist für die ganze Bevölkerung des Ortes da. Sie muß, wenn sie verständlich geleitet wird, auf den Lebenskreis das kulturelle Bestreben und die Erlebnissnähe der Bevölkerung Rücksicht nehmen. Nachdem die meisten Gemeinden, besonders die Landgemeinden, sehr geringe Mittel für ihre Büchereien übrig haben, so wird die Verwaltung für den Lebens- und Kulturkreis und auf die Weltanschauung der Arbeiter, besonders der sozialdemokratischen, keine Beachtung und keine Bücher haben. Noch viel schlimmer dort, wo der Bibliothekar und der Bibliotheksrat politische Gegner der Klassenbewußten Arbeiter sind. Wir müssen daher neben den Gemeindebibliotheken unsere gutgeleiteten und gut ausgestatteten Arbeiterbibliotheken haben, in denen jene Bücher ausgeliehen werden, die der sozialistischen Weltanschauung dienen. Das Vortrags- und Schulwesen der Klassenbewußten Arbeiter muß mit den Arbeiterbüchereien in innigen Kontakt gebracht werden.

Ein gutgeleitetes Büchereiwesen der Arbeiter verlangt aber auch den organisierten Büchereinkauf und die Beratung des Büchereinkaufes. Dem bürgerlichen Buchhändler ist fremd, was die Arbeiterbücherei braucht. Und vielen Bildungsausschüssen fehlte die Beratung, welche Bücher für ihre Bücherei zweckdienlich sind. Es ist immerhin schon eine Tat, wenn einige Kreisorganisationen (Teplitz, Karlsbad, Bodenbach) eigene Buchhandlungen und andre Kreisorganisationen Buchhandlungen errichteten. Unsere Schriftenabteilungen bieten die Gewähr, daß sie den Arbeiterbüchereien die zweckdienlichen Bücher liefern. Es zeugt von Engherzigkeit, wenn Arbeiter als Büchereinkäufer dem bürgerlichen Buchhändler die Ladenhüter abkaufen, nur weil dieser Plunder einen schönen Einband hat und billig ist. Billige Bücher, die den Bedürfnissen einer sozialistischen Bücherei nicht entsprechen, sind teuer, als die im Preise höheren, die aber der Bücherei wirklich dienen. Diesen Grundsatz müssen unsere Bibliotheksverwalter hochhalten. Gut verwaltete Bibliotheken verlangen gutausgebildete Bibliothekare, deren Ausbildung in Bibliothekarschulen erfolgen muß.

Die Bücherauswahlberatung beim Einkauf und die Beratung bei der Bücherauswahl für den Bibliothekar erfordert genaue Sachkenntnis und ist wohl einer der ernstesten Aufgaben des neuen Reichsbildungsausschusses. Die Buchhandlungen der Partei, die jetzt jede selbständig den Einkauf besorgt, werden im Laufe der Zeit zusammengeschlossen werden müssen, um durch eine größere Büchereinkaufsgenossenschaft die Bedürfnisse des proletarischen Büchereiwesens zu decken.

Die proletarische Bildungspflege ist also keine Gelegenheitsarbeit, die gemacht werden kann, wenn es keine andere Arbeit zu erledigen gibt, sondern eine Arbeit, die in großzügig angelegter Weise von allen kompetenten Stellen der Parteibewegung zur mächtigen Entfaltung gebracht werden muß.

Sitzung der Zentralstelle für das Bildungswesen.

Teplitz, 6. September. Am 5. September l. J. fand in Teplitz-Schönan die konstituierende Sitzung der Zentralstelle für das Bildungswesen statt. An der Sitzung, in der wichtige Beschlüsse zur Organisierung der Bildungsarbeit gefaßt wurden, nahmen auch die Genossen Josef Luitpold Stern aus Wien und Hugo Plitz aus Brünn teil. Zum Vorsitzenden der Zentralstelle wurde Genosse Rudolf Rüdiger-Teplitz, zum Stellvertreter Wenzel Horn-Karlsbad gewählt.

Zunächst sprach Genosse Plitz über die Volkshochschulbewegung und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse. In Brünn arbeitet eine deutsche Schule mit großem Erfolg. Unseren Parteigenossen wird empfohlen, die Bewegung unter Beachtung folgender Prinzipien zu unterstützen:

1. Vermeidung jeder nationalitätlichen Note;
2. Prinzipielles Festhalten an der Neutralität in der Darstellung des Wissensstoffes.
3. Prinzipielle Vertretung der Arbeiterklasse in den Ausschüssen;
4. Die Zentralstelle für das Bildungswesen ist die Beratungsstelle der Arbeitervertreter in den Ausschüssen der Volkshochschule.

Die Sitzung beschäftigte sich sodann mit Organisationsfragen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, in der nächsten Sitzung ein Statut über den Wirkungsbereich der Zentralstelle vorzulegen. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt dann im Einvernehmen mit dem Parteivorstand. Weiter wurde beschlossen, den Parteivorstand zu beauftragen, in allen Kreis- und Bezirksorganisationen Kreis- und Bezirksbildungsausschüsse zu schaffen. Diese Bildungsorganisationen sollen einen Referenten bestimmen, der mit den Bezirksbildungsausschüssen in Verbindung arbeitet. Die Bildung von lokalen Bildungsausschüssen hält die Zentralstelle nicht für zweckmäßig. Um eine Zentralbildungsstelle der gesamten Arbeiterbewegung zu schaffen, wird beschlossen, auf dem Parteitag zu beantragen, den Parteivortrag zu beauftragen, daß er mit allen Instanzen der Arbeiterbewegung in Verhandlungen eintrete. Ende September wird ein für zwei Tage berechneter Kurs für Bildungsfunktionäre abgehalten, zu dem alle Kreisorganisationen einen Genossen entsenden müssen. Ferner wird beschlossen, ein Vortragsverzeichnis anzulegen, das die Vortragenden des ganzen Reiches umfaßt. Ende September und Anfang Oktober werden die Genossen Karl Leuhner-Wien und Julius Deutsch-Wien Vorträge in der Tschechoslowakei abhalten. Die Sitzung befaßte sich sodann mit der Bildung einer eigenen Lichtbildzentrale. Um die Funktionäre in dem Büchereiwesen zu schulen, wurde der Beschluß gefaßt, in allen Kreisen Bibliothekarschulen (Lehrer: Genosse Dr. Stern) abzuhalten. In unseren Arbeiterbibliotheken muß das Sternsche System angewendet werden. Es wurde beschlossen, mit der Zentral-Gewerkschaftskommission wegen der Zentralisation der Arbeiterbibliotheken in Verhandlung zu treten. Die Arbeiterbibliotheken und Parteiorganisationen sollen ihren Bücherbedarf nur bei unseren Parteibuchhandlungen und bei den Schrif-

tenabteilungen der Parteibücher kaufen. Zur Frage der staatlichen Bildungsarbeit wurde ein Antrag an den Parteivorstand gestellt. In der Frage der Gemeindebüchereien wurde festgestellt, daß auf keinen Fall die Arbeiterbüchereien in Gemeindebüchereien umgewandelt werden dürfen. Die Arbeiterbüchereien sind ein Instrument zur sozialistischen Erziehung des Proletariats, die Gemeindebüchereien haben vollkommen neutrale Ziele zu verfolgen. Die Zentralstelle für das Bildungswesen ist die Beratungsstelle für unsere Funktionäre in den Gemeindebüchereien.

Nach Erledigung anderer interner Fragen der Bildungsarbeit wurde die Sitzung, die den ganzen Tag dauerte, geschlossen.

Tages-Neuigkeiten.

„Platz Kalkowsko — goldenes Oesterreich“ die Worte habe ich, so schreibt uns ein Leser auf der Eisenbahnfahrt zwei oder dreimal gehört. Wie? Goldenes Oesterreich? wo das jedes weiß, wieviel Kammer es über ihn gebracht, wie es Vater, Gatten und Kind in den Tod gejagt hat, um als leeres Schattengebilde weiter sein Scheinleben fortzuführen zu können? Und nach diesem Schandgebilde sollte jemandem Sehnsucht stehen? Ach nein, liebe Freunde, der zärtlich-sentimentale Ruf meint nur, daß das, was nachher kam, den freundlichen Erwartungen so garnicht entsprechen will. Erfüllt hat sich der „Nationalstaat“, er, dem drei Generationen siebernd zugehört haben, weil er den Druck der Unfreiheit von den Seelen nehmen, weil er jedem ein Ausleben als Mensch und als Wirtschaftsträger bringen sollte. Statt dessen stapft das Leben in ihm grau und schwerefüßig durch die Straßen, die Welt ist enger und nicht weiter und reifer geworden, Verbitterung, Unlust und Feindseligkeit erfüllt die Menschen. Der Nationalstaat, und nicht nur der tschechische, nein, jedes der Völker einengende, Grenzen aufrichtende, die Völker trennende Staatengebilde vermag eben nicht zu erfüllen, was nationale Begeisterung in ihm als Zukunftsgesicht erwünschte und erhoffte. Der Nationalstaat dreht die Welt nach rückwärts, unser Auge blickt, auch wenn es mancher Konservative nicht wahr haben will, unentwegt nach vorn. Von der Völkervereinigung zur Völkervereinigung — diese Erkenntnis spricht leise und schüchtern aus dem irdischen Ruf „Platz Kalkowsko“, weil die schwarz gelben Pfähle zwar einen notwendigen, misserablen, aber doch einen Völkervereinigungserfolg geboten hatten. Zu dem ominösen Sehnsuchtswort beginnt der Nationalismus seine immer Unzulänglichkeit einzusehen und sich selbst zu überwinden. Glück auf den Weg! Wo die Tore des Goldenen Oesterreich ruckend sehen, erblicken wir vorschauend die goldene Zukunft der Völkerverbrüderung.

Wie man in der Tschechoslowakei die Wohnungsnot beseitigen will. Vor kurzer Zeit brachten die Zeitungen die Mitteilung, daß in den Weinbergen vier Gebäude mit 80 Wohnungen erbaut worden seien. Die Weinberger Stadtgemeinde verfügt über 34 der neuen Wohnungen und richtet demgemäß die Erfragen an Wohnungslose, sich in der Zeit vom 1. bis 15. September beim Stadtrat anzumelden. Das „Ceske Slovo“ berichtet, daß trotz der hohen Preise um den ersten Tag sich 1600 Menschen einfanden, um in der glücklichen Lage zu gelangen, endlich einmal ein schönes Heim zu erhalten. Tausende Staatsbürger sind nicht instande, Unterkunft zu finden, weil wegen der Teuerung der Baumaterialien keine neuen Häuser errichtet wer-

Fenilleton.

Von Jean Voltaire:

Palamedes bei den Ferrosagen.

Einleitung.

Auf einer seiner bekannten Reisen gelangte Palamedes auch zu den Ferrosagen, welche zusammen mit den Pultomanen ein und dasselbe fruchtbare Land bewohnten, das durch nicht enden wollende Streitigkeiten zu Grunde zu richten sie gemeinsam bemüht waren. Die Gebräuche dieser Barbaren gehören zu den merkwürdigsten, die Palamedes jemals aufzuzeichnen Gelegenheit hatte. Keuferlich unterschieden sich die Ferrosagen von den Pultomanen lediglich durch ihre Mundart, innerlich dadurch, daß jene, jünger an Entwicklung, einen großen Teil ihrer Lebensformen von den älteren Pultomanen übernommen hatten. In diesem Lande herrschte die absonderliche Gewohnheit, einander gegenseitig den Gebrauch der Mundarten aufzubringen, welche in Wahrheit barbarische uns fortgeschrittenen Völkern fremde Sitten auch die Ursache der ebenso hartnäckigen als unbegreiflichen Streitigkeiten der beiden Stämme bildete. Mäßen die Ferrosagen nicht einsehen wollten, warum sie unbedingt pultomanisch zu sprechen verhalten sein sollten und ihrerseits die Pultomanen nicht von der höheren Bedeutung des ferrosagischen zu überzeugen in stande waren, gab es überall Haß und Feindseligkeiten, die sich sogar in die Schulen und in die Küchen der Ferrosaginnen

sowie Pultomaninnen übertrugen. Die Ferrosagen suchten ihr Recht darzutun, in großen Massen die Wohnorte der Pultomanen aufzusuchen, um daselbst öffentlich unter Abjüngung heiliger Chöre jene Gelensübungen zu veranstalten, die man bei uns mit dem Ausdruck „muellern“ zu bezeichnen pflegt. Die Pultomanen hingegen, an Zahl geringer, bemühten sich, ihre Anschauungen in den Ratversammlungen dadurch geltend zu machen, daß sie mit ihren Häuten auf die Pulte hämmerten, die zu diesem Zweck von ihnen aufgestellt waren, wovon auch, wie einige behaupten, ihr Name abgeleitet wird.

Als Palamedes in diesem Lande eintraf, hatten sich die Ferrosagen seiner völlig bemächtigt und die Pultomanen fanden sich wohl oder übel genötigt, dem Druck der Gewalt nachzugeben und das ferrosagische auch in rein pultomanischen Gebieten als Hauptmundart anzuerkennen. Die unbegreifliche Freude, welche die Ferrosagen bei dieser Gelegenheit an den Tag legten, kann, wie Palamedes berichtet, nicht geschildert werden. Die verschiedenen Szenen, die dieser berühmte Reisende in der Hauptstadt zu beobachten Gelegenheit hatte, haben an Absonderlichkeit ihresgleichen nicht auf dem ganzen bekannten Erdkreis. Hohe ferrosagische Würdenträger standen nicht an, Anschlagtafeln in pultomanischer Mundart, auf denen etwa zum Einkauf von Kaffee oder von Hülsenfrüchten eingeladen wurde, mit eigenen Händen von den Häusern abzunehmen und im Triumph, gleichsam wie kostbare Trophäen, unter Abstragung geheiligter Lieder

durch die begleitende Menge, in der Stadt umher zu tragen, worauf sie feierlich zerbrochen wurden. Am wildesten gebärdeten sich hierbei die Ferrosaginnen, die, wo sie eines Pultomanen habhaft werden konnten, sofort beedeten, dieser hätte seine Unzufriedenheit mit der Neuordnung der Dinge durch Ausschütten eines Wasserglases auf einen ferrosagischen Anzug Luft gemacht, der gerade unter seinen Fenstern vorbeiging. Worauf denn der unglückliche Pultoman solange mit Stöhnen und Schreien traktiert wurde, bis er tot oder bewußtlos auf das Pflaster sank. Sodann überantwortete man ihn in der Regel den Gerichten, die dem Lebenden wegen seiner hochverräterischen Untriebe den Halsprozeß zu machen, den Toten aber nicht weiter zu achten pflegten. Die Unsitte des Wasserschüttens soll, wie bedeutende ferrosagische Politiker versichern, bei den Pultomanen besonders eingewurzelt sein. Mitwürdig fand Palamedes auch die ungewöhnliche Farbenempfindlichkeit der Ferrosagen. Von gewissen Farben, z. B. pflaueu sie zu behaupten, sie seien ein Symbol der Pultomanie, lediglich ihnen zum Trost in die Welt gesetzt, und begannen bei ihrem Anblick, gleichsam wie gereizte Querschnen, in unbegreifliche Rasereien zu verfallen. Dasselbe beobachtete Palamedes bei den Pultomanen wieder bei anderen Farben, die als ausgesprochen ferrosagisch hingestellt und verachtet wurden. Diese Erscheinungen, so berichtet Palamedes, zeigen deutlich, wie sehr bei diesen Barbaren der Sinn für die Wirklichkeit verwirrt ist, fernermaßen offenbar nicht recht wissen, was die Natur eigentlich mit den Farben bezwecke.

Palamedes hatte Gelegenheit, dem Gastmahl eines ferrosagischen Anstifters beizuwohnen, zu dem auch einige ausländische Diplomaten eingeladen waren. Zu seiner Verwunderung sprach der Minister mit den Gästen fast ausschließlich in pultomanischer Mundart, woraus Palamedes mit Recht schloß, daß das ferrosagische ein in den umliegenden Staaten weniger bekanntes Idiom sein müsse. Zufälligerweise hatten die Pultomanen lange Zeit die Herrschaft über das ganze Land inne gehabt und wußten ein Durchdringen des ferrosagischen in das Ausland zu verhindern. Zur Zeit des Palamedes hatten ihrerseits die Ferrosagen den Spieß wieder umgedreht. Das Rat der Zeiten befindet sich eben in unaufhörlicher Bewegung. Palamedes verabsäumte keineswegs die Hofhaltung des ferrosagischen Souverains aufzusuchen, die durchaus mit pultomanischem Prunk ausgestattet war, was Palamedes in nicht geringem Maße verärgerte. Auch sonst pflegte mäßiglich bei den Ferrosagen die Neuerungen der Pultomanen gern anzunehmen, verachteten sie aber dabei als Barbaren. Wie dem auch sein möge, die Ueberhebung der einen Barbaren über die anderen muß jedoch, falls jeden gebildeten Fremden zum Lachen bringen.

Palamedes besuchte auch die ferrosagische Komödie, die ganz anders beschaffen ist, als bei uns zu Lande. Preisen wir die Götter, daß sie nicht zulassen, daß Rohheit und Unbildung sich in unsern begünstigteren Gegenden in ähnlicher Weise breit machen. Bei der ferrosagischen Komödie wirken jedesmal etwa dreißig Mann und Frauen mit, die in e-

ben. Wiederholt haben unsere Genossen im Parlament verlangt, daß die Banken, Aktiengesellschaften und Unternehmungen veranlaßt werden, ihre im Kriege eingeleisteten fabelhaften Gewinne für wohltätige Zwecke zu verwenden. Aber der Regierung fehlt der Mut, die Klassen der herrschenden Klasse für Wohltätigkeitszwecke in Anspruch zu nehmen. Wie frohlocken nicht die Milliardäre um Armarmarsch und Hofzin in ihren prunkenden Gemächern, daß sie nicht das Geschick der vielen Wohnungslosen vernichten! Bequem und gemütlich können sie ihr Dasein verbringen. Die Regierung geht so sanft mit ihnen um. Die Bourgeoisie geht nicht einmal auf den im Gesetz über die Baubewegung angeführten Einfall ein, sich an den alljährlichen Ziehungen der Bauflosslotterie zu beteiligen. Die Romantiker der großen Millionentrefen hat bei ihr gar nicht verlangt. Dies hat das Ministerium für soziale Fürsorge jüngst selbst in einer Generalbesitzung gestanden, in der sie die braven Staatsbürger darüber tröstet, daß die Erträge der Bauleihe minimal sind, aber — die private Baubewegung befindet sich bereits in den ersten Anfängen. Wozu soll sich auch die Regierung wegen der Wohnungslosen Sorgen machen? Wie das „Gesetz Lobov“ erwähnt, gab ihr der edle Nationaldemokrat Matoušek einen trefflichen Rat. Als man ihm die Unzufriedenheit der Wohnungslosen vorhielt, rief er aus: „Wir fürchten uns nicht, ein paar Pseudoren (Gendarmen) machen schon Ordnung.“ Der Mann dieser „Demokraten“ verdient in der Geschichte festgehalten zu werden. Er will die Wohnungsfrage lösen, indem er die bis zu den Zähnen bewaffneten Ordnungshüter gegen das Riesengeheer der Wohnungslosen ruft. Mit Blut und Eisen will der Ideologe der staatsimperialistischen Kramorschpartei das Wohnungsproblem aus der Welt schaffen! Einen Galgen für jeden Wohnungslosen!

Einer von den kleinen Propheten. In Reichenberg lebt ein kleiner romantischer Junge, dessen Tätigkeit in der täglichen Beschimpfung der Sozialdemokratie besteht. Solche kleine Klaffler gibt es natürlich recht viele, aber er ist der schillerndste unter ihnen. An keiner Straßenecke, an keiner Mauer kann er vorübergehen ohne ein wenig hinzuzureden und aufzukaffen. Berichtet eine Korrespondenz, daß die „Rude Straz“, ein kleines Provinzblatt, angeblich regierungssozialistisch geworden ist, also gleich schlichte scheinbar der kleine Schiff in Reichenberger Kommunistenblatt seine Bemerkung dran: und weil diese gar so komisch ist, wollen wir sie hierher setzen:

Unseren deutschen Zentralkomitee ist nun ein Lehrer Hoffnungsstrahl erlösen. Es blieb ihnen nur übrig, entweder mit den tschechischen Rechtssozialisten in die Regierung einzutreten und ihr politisches Leben dadurch gewaltig zu verkürzen, oder Fühlung zu nehmen mit Brobeck, Charvat, Ritz und Klein. Nun sind auch diese Hoffnungen gescheitert und zwischen Charvat und Scilla schwanzt an tausend Klippen vorüber das Schifflein der deutschen Sozialdemokraten jenen Stromschnellen politischer Kämpfe entgegen, in denen es zerfallen muß.

Nun, der kleine Schelm ist auch ein Prophet. Und es ist doch eigentlich ganz einsehend, weil ein Blättchen in Jungbunzlau etwas anders als früher schreibt, ist der letzte Hoffnungsstrahl der deutschen Sozialdemokratie erloschen und ihr Schiff schwanzt nun zwischen Jungbunzlau und Klado, zwischen Scilla und Charvat, bis es wahrscheinlich bei Babitz zerfallen wird. Der kleine Schiff hat's prophezeit.

Chöre geteilt sind und aus ihrer Mitte einen Chorführer wählen. Auf einer Tribüne pflegen dann abwechselnd bald ferrosagische, bald pulromanische Akteure aufzutreten, die durch hitzige Wechselreden den pulromanisch-ferrosagischen Kampf, der des Hauptthema fast aller Komödien bildet, zu versinnbildlichen bestrebt sind. Pulromanische und ferrosagische Chöre pflegen hierzu, sei es ihren Beifall, sei es ihre Mißbilligung durch Handklatschen, Gelächter, tobenden Jubel, Stampfen und Heulen zum Ausdruck zu bringen. Der Lärm ist ohrenbetäubend, in Sonderheit wenn der Chorege ihn in besonders erhabenen Augenblicken durch Glockengeläute noch zu verstärken gewillt ist. Freilich berichtet Palamedes, daß es sehr schwer sei, sich bei dieser Art von Komödie des Lachens zu erwehren, das freilich nicht aus der Schärfe und Feinheit des dargebotenen Witzes, sondern aus der derben Handgreiflichkeit und lächerlichen Plumpheit hervorgeht. Eine besonders komische Figur bildete ein ferrosage, dessen Gewohnheit es war, auf die Pulromanen die Zunge herauszutreten.

Die Grundzüge und Eigentümlichkeiten des ferrosagischen Staatswesens hat Palamedes in seinem Buche „Luz stulticia“ (Lob der Torheit) niedergelegt, aus dem der Herausgeber der „Denkwürdigkeiten des Palamedes“ einige Abschnitte als abschreckendes Beispiel für alle Staatsgründer und Verbesserer herausgesucht hat, um sie in der Folge als ein ergötzliches und aus dem Regime umbringendes Werklein der Lesewelt darzubieten.

Sehr unangenehm — aber es geht nicht anders. Die Reichenberger Kommunisten zerbrechen sich arg die Köpfe, wie sie die neue, etwas überraschende Taktik begründen sollen, die sie nun eingeschlagen haben. Sie revidieren — zum wievielten Male wohl? — auf allen Linien, aber sie wissen nicht, wie sie den Arbeitern, die zu ihren Anhängern gehören, diese neuerlichen Wandlungen begreiflich machen sollen. Ein Jahr lang haben sie jeden Tag dem Proletariat für den kommenden Morgen die Weltrevolution versprochen, mit Begeisterung haben sie den Märzputsch in Deutschland begrüßt. Nun aber, da der Moskauer Kongreß über die „Märzschlacht“ sein vernichtendes Urteil gesprochen hat, muß derselbe Reichenberger „Vorwärts“, der damals eine ganze Reihe Festartikel über die „Aktion“ gebracht hat, nunmehr sich selber läglich Lügen strafen und seinen Lesern, deren Vergeßlichkeit von den „Vorwärts“-Redakteuren weiblich ausgenutzt wird, als „wertvollste Lehre der Märzaktion“ eine vollständige Revision der Taktik begreiflich machen. Das geschieht sehr einfach. Man schreibt in der Sonntagsnummer einen Artikel „Das deutsche Beispiel“, zeigt, daß die Kommunisten im Deutschen Reich ihr ganzes Programm über den Hasen werfen mußten und sagt dann ganz schlicht: Seht, so müssen wir es auch machen. Aber warum? Man lese, was der Reichenberger „Vorwärts“ wirklich (und der Feinddruck stammt von ihm) zur Begründung der kommunistischen Chamäleonpolitik zu sagen hat:

Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei muß ihre Kampfweise revidieren, sie muß neue Wege einschlagen, um diejenigen Massen, die heute noch hinter den Gewerkschaftsbondagen stehen, von diesen zu trennen und sie für sich zu gewinnen. Zu den Massen — aber nie vergessen, daß man nicht zu den Massen über die politischen Leichen der Führer gelangt, sondern die Führer erst zu politischen Leichen macht, wenn man die Massen für sich gewonnen hat. Die Gewerkschaftsbondagen wollen für die Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Weltordnung kämpfen. Wir wissen, daß das eine Lüge ist, aber wir müssen tun, als ob wir es ihnen glauben würden, weil es noch große Massen gibt, die das ebenfalls glauben. Wir müssen also für die sogenannten Gegenwartsforderungen der Gewerkschaftsbondagen mit allen Mitteln kämpfen, um so den Arbeitern durch unseren praktischen Kampf zu beweisen, daß die Gewerkschaftsführer nicht kämpfen wollen. Nur so werden wir, statt uns von den Massen zu entfernen, uns ihnen immer mehr nähern, sie immer fester an uns schmieden und für den letzten Befreiungskampf vorbereiten.

Wir können dieses Bekenntnis ganz ruhig auf unsere Leser wirken lassen, ohne es mit einem besonderen Kommentar zu versehen. Jedenfalls entbehrt eine Partei nicht des Reizes, die weiß, daß etwas eine Lüge ist, aber so tun muß, als ob sie es glauben würde, weil es noch große Massen gibt, die das ebenfalls glauben. Also weil die sozialdemokratischen Arbeiter glauben, daß die Gewerkschaften im Stande sind, das Los des Proletariats schon auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftskämpfe „mittun.“ Auf der einen Seite ist der praktische Kampf der Gewerkschaften ein Schwindel, auf der anderen Seite wollen nun die Kommunisten endlich praktisch kämpfen, aber nicht, um den Arbeitern zu helfen, sondern um die „Gewerkschaftsbondagen“ zu entlarven und so — die Massen zu gewinnen. Es mag den Kommunisten ja nicht leicht fallen, sich ganz zur Taktik politischer Drehs herabzulassen, aber wir glauben wirklich: bei ihnen geht es derzeit nicht anders.

Die ersten Sowjetmarken. Nach zwei Jahren freien Postverkehrs sieht sich nunmehr die russische Sowjetregierung durch die Wiedereröffnung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland gezwungen, den Gebrauch von Briefmarken wieder einzuführen. Die Postbestellung im Inlande bleibt jedoch weitem frei und erfolgt ohne Marken. Die Briefmarken, deren niedrigste, entsprechend der Entwertung des russischen Geldes, ein Rubel sein wird, werden Bilder von Lenin, Trotzky, Karl Marx und anderen Sozialistenführern tragen. Für die 100 Rubel-Note wird von einem bolschewistischen Künstler ein allegorischer Entwurf vorbereitet, die klassische Figur eines Jünglings, mit ausgestreckten Armen auf weissem Pferd, der eine Schar von Arbeitern führt.

„Handbuch des Wissens“. Der Verlag Brockhaus in Leipzig hat vor kurzem ein Preisanschreiben für die beste Uebersetzung der Bezeichnung „Konversationslexikon“ erlassen, um dieses Wortnetzum aus der leider durch Fremdwörter so sehr entstellten deutschen Sprache zu befreien. Der Verlag wählte nun als endgültigen neuen Titel die von drei Seiten gleichzeitig empfangene Uebersetzung: „Handbuch des Wissens“. Diese Bezeichnung ist schlicht und treffend. Die fünf guten deutschen Wörter haben gegenüber dem

achtstägigen lateinisch-griechischen Wortgemengsel etwas geradezu Anheimelndes und es ist darnum zu erwarten, daß sich die Bezeichnung „Handbuch des Wissens“ sehr rasch einbürgern wird.

Der Internationale Kongreß der Kriegsoffiziere in Wien. Der zweite Kongreß der Internationale der Kriegsoffiziere wird vom 30. d. bis 2. Oktober l. J. in Wien tagen. Das Büro der Internationale der Kriegsoffiziere befindet sich in Paris und wird vom Generalsekretär Henry Barbusse geleitet. Die Vorarbeiten für den Kongreß werden vom Zentralverband der österreichischen Kriegsinvaliden und der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer Österreichs besorgt. Außer dem Bericht über die Tätigkeit der internationalen Kriegsoffiziersvereinigung, den Henry Barbusse erstatten wird, wird besonders die Schaffung von allgemeinen internationalen Gesetzesvorschriften über die Kriegsoffiziere beraten werden. Den weitest ausgedehnten Raum der Beratungen wird die Festlegung eines praktischen Wirkungsbereiches sämtlicher Kriegsoffiziersverbände einnehmen. Der Kongreß dürfte fast von allen Verbänden der Kriegsoffiziere besucht werden. Gegenwärtig sind bereits Vertretungen aus Deutschland, Estland, Dänemark, Frankreich und England angemeldet.

Verhaftung eines kommunistischen Parteisekretärs. Samstag nachts gegen 10 Uhr wurde der Sekretär der kommunistischen Partei in Staab, Bruno Begler, von Organen der Staatspolizei verhaftet und nach Pilsen gebracht. Ueber die Gründe, die zur Verhaftung Beglers führten, war bisher nichts Bestimmtes zu erfahren. Wir behalten uns vor auf den etwas geheimnisvollen Fall — es soll sich um unpolitische Dinge handeln — später zurückzukommen.

Unzulässigkeit der Rückgabe von Wahlprodukten auf die alten Preiskarten. Das Ministerium für Volksernährung macht mit Rücksicht auf von verschiedenen Seiten geäußerte Ansuchen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß im Hinblick auf die Regierungsverordnung vom 11. August 1921, Z. 270, es absolut unzulässig ist, daß nach dem 4. September 1921 die Verkaufsstellen die Wahlprodukte, bezw. Brot auf die alten Brot- und Mehlkarten auslösen, da von diesem Tage an nur die neu eingeführten Ausweise gelten, welche auf den einzelnen Haushalten lauten, welchem ein Anspruch auf die öffentliche Verjorgung eigens zugesprochen wurde. Um so weniger ist es begründet, daß auf die alten amtlichen Ausweise (Brot- und Mehlkarten), welche mit dem 4. September 1921 ihre Geltung verlieren, Wahlprodukte (Brot) zu dem bis zu dieser Zeit geltenden billigeren Preise abgegeben werden. Im Falle der Uebertretung dieser Vorschriften seien sich die Verkäufer der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung aus, und was die Preisdifferenz betrifft, so handeln sie auf eigene Gefahr, da sie die in ihrem Vorrat am 3. September l. J. abends befindlichen Wahlprodukte werden nach den neu festgestellten höheren Preisen berechnen müssen. Falls es den Gemeindeführern oder Protokollantinnen nicht möglich wäre, die neue eingeführten, zur Abnahme von Brot und Mehl für Unbemittelte berechtigenden Ausweise rechtzeitig auszugeben, wird die zurückgehaltene Gebühre auf diese Ausweise wochenweise mit dem 4. September l. J. beginnend nachgetragen werden.

„Aus Böhmens jüngster Vergangenheit.“ Unter diesem Titel bringt der Deutsche Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag II, Neuzibranska 11, einen neuen Vortrag, welcher von Professor Dr. Ctislav Weber im Deutschen Bezirksbildungsverein in Prag gehalten wurde und einen zeitgemäßen Beitrag zum Verständnis der Gründung unseres Staatswesens darstellt. In knappen Umrissen wird ein Bild entworfen von den politischen Freiheitskämpfen des „Irland“ der ehemaligen Monarchie, als deren Beginn der Verfasser den 28. Oktober des Jahres 1791 ansieht, an welchem Tage die erste Vorlesung über tschechische Literatur an der Prager Universität gehalten wurde. Die hierauf folgende Blütezeit der tschechischen Literatur, die Adresse im Jahre 1848 an den Kaiser, noch gemeinsam von Deutschen und Tschechen überreicht, die einsetzende Freiheitsbewegung, die Beschädigung und das Verlassen des Wiener Reichstages, die Aera Metternich und Taaffe, die Politik der W- und Jungtschechen, veranschaulichen die Wege, welche die tschechische Politik bis zur Erreichung ihres Zieles einschlug. Ein weiterer Vortrag soll als Fortsetzung die Entstehung des tschechoslowakischen Staates behandeln und in kurzer Zeit zur Ausgabe gelangen. — Gleichzeitig wurde von demselben Verein ein Vortrag von Dr. Ludwig Freund: „Das Ungeziefer der Großstadt“ herausgegeben. Dieser Vortrag behandelt die wichtigsten Vertreter der Ungezieferart, soweit sie größere Schädigungen des Menschen, seiner Kleider, Gebrauchsgüter und Nahrungsmittel verursachen. Interessante geschichtliche Daten, das Aussehen, die Lebensweise und Schädlichkeit wird kurz besprochen, worauf der Bekämpfung jeder Ungezieferart, die Anzahlung und Wirksamkeit der Vertilgungsmittel sowie die neueste Vertilgungsart, die Vergasung, geschildert wird. — Die Vorträge können von dem Deutschen Vereine für gemeinnützige Zwecke in Prag II, Neuzibranska 11, direkt bezogen werden.

Selbstmord auf sonderbare Weise verübt. Der Gemüschändler Stöckl aus Staab. Er fuhr mit einem Zuge der Linie Pilsen-Prag bis zur Station Jdic und ließ sich dort von seinem Zug überfahren. Der Tod trat sofort ein.

Die Beweggründe der Tat sind unbekannt. Der Tote hatte keinerlei Papiere bei sich, seine Identität konnte nur durch die zufällig gefundene Tabakarte festgestellt werden.

Achtung vor bissigen Hunden. Wie aus dem Polizeibericht ersichtlich ist, treiben sich in Prag verdächtige bissige Hunde herum, die Sonntags in verschiedenen Stadtteilen mehrere Personen, meistens Kinder, ansiehl. Achtsamkeit ist geboten.

Wohnungsnot und Kinderelend.

Furchtbar leidet das Proletariat überall unter der Wohnungsnot. Seit Kriegsbeginn, da man aufhörte, neue Wohnungen zu bauen, hat sich dieses Elend immer mehr und mehr gehäuft, heute nimmt es ein großer Teil der arbeitenden Klasse schon fast als unabänderlich hin, die Allgemeinheit ist beinahe stumpf gegen diese alltägliche Erscheinung geworden. Ein paar Schilderungen sollen dazu dienen, einen Begriff von den schweren Folgen zu geben, die das Wohnungsnot dem Proletariat bringt: furchtbares Wachstum der Tuberkulose, der Säuglings- und Kindersterblichkeit, Epidemien. Die Troppauer „Volkspresse“ zählt unter anderem folgende Beispiele aus dem Wohnungsnot Jägerndorf's auf:

Im Hause Verchuzug Nr. 1 wohnt ein Ehepaar mit vier Kindern im Alter von 1 bis 14 Jahren. Zwei Betten, ein Schrank, ein brüchiger Kasten, ein Tisch mit zwei Stühlen, ein Koffer und ein Ofenbankerl bilden das ganze Mobilar dieser sechsöpfigen Familie. Der Familienvater, ein Tagelöhner, verdient durchschnittlich 130 Kronen wöchentlich. Die Kinder im höchsten Grade unterernährt und in der Entwicklung zurückgeblieben. Auf die Frage, wie die ganze Familie in zwei Betten schlafen kann, entgegnet man kurz: zwei Kinder müssen sich immer mit einem Strohhalm auf dem Fußboden begnügen, der nicht einmal der primitivsten Reinlichkeit entspricht. Mit drei Schritten ist der ganze Wohnraum von der Tür bis zum Bett und Fenster ausgemessen, in dem sich den ganzen Tag alle sechs Personen aufhalten müssen. Das älteste Kind, ein Mädchen von 14 Jahren, gleicht einer Fehnjährigen, für die man einen Unterhalt sucht, die infolge ihrer Degeneration aber zu keiner Arbeit verwendet werden kann.

Die Fabrikarbeiterin A. C. hat allein für ein 6-jähriges Mädchen zu sorgen, das am rechten Fußskrophulos ist und bereits zweimal in Darlan zum Kurgebrauch weilte. Der Vater lebt in Deutschösterreich und kammert sich nicht um Mutter und Kind. 30 Kronen deutschösterreichischer Währung, das sind 220 tsch. Kronen, zahlt der Vater für das Kind, die sie aber nicht einmal erhält. Trotzdem das Kind tagsüber sich selbst überlassen ist, ist es von neuem Neuhern und guten Manieren, das wohl nicht zuletzt auf den guten Einfluß der Mutter zurückzuführen ist.

Eine Kriegswitwe mit zwei Mädchen... Die Wohnung fehlt, der Herd für Tuberkulose ansonsten aber rein und nett eingerichtet, gibt Zeugnis von vergangenen besseren Zeiten, in denen der im Krieg gefallene Vater noch dem Hause vorstand. Die Wohnungsnot zwingt die Mutter, in diesem Loch, in das tagsüber kein Sonnenstrahl hinkommt, weiterzuleben auf Kosten und Gefahr der Gesundheit der Kinder, die gleichfalls tagüber allein sind. Es wurde der Mutter der Zutritt gemacht, die Kinder bei freier Kost und Verpflegung aufs Land herzugeben. Die Unmöglichkeit der Kinder an die Mutter läßt das gutgemeinte Ansuchen scheitern und sie fassen sich glücklich, wenn sie am Abend die Mutter umarmen können.

Einer Höhle gleicht die Wohnung der A. K. in der Leobschützstraße, die mit den drei Kindern in der größten Unordnung lebt. Daß die Unreinlichkeit der Anlag und die Ursache zu der Typhuserkrankung aller drei Kinder geführt hat, läßt sich nicht von der Hand weisen. Mit 104 Kronen lebt diese Frau den ganzen Monat. Durch Handarbeiten verschafft sie sich ein Nebeneinkommen, das aber nicht ausreicht, für einen geregelten Haushalt der Kinder zu sorgen.

Der Kesselschmied R. B. wohnt mit einer dreiköpfigen Familie in einem Zimmer, in dem nur ein kleiner Teil der gesamten Einrichtung untergebracht werden konnte. Die Frau schläft mit zwei Kindern in einem Bett, das dritte Kind im Kinderwagen. Wir haben nur die Schilderung einiger Fälle wiedergegeben, die in dem Blatte angeführt sind. Sie sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Wohnungsnot Jägerndorf's, ein winziger Bruchteil des Wohnungsnots und Kinderelends, an denen das Proletariat in allen Industriestädten so furchtbar leidet. Alle Fürsorge der Gemeinden und des Staates die Wohnungsämter, der Mieterschutz, die Pläne zur Förderung der Bautätigkeit, sind — auch wenn sie dem Ideal näher kämen, von dem sie so weit entfernt sind — nicht im Stande